

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands
und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 25.

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis: M. 1.— für das Vierteljahr.
Su beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 18. Juni 1911.
(Telephon: Nr. 487.)

Inserate kosten 50 Pfg. die einspaltige Petitzeile.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

25. Jahrg.

ALZ-00244

Der Siegeszug des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Kein Tag ohne Fortschritt, kein Tag ohne neuen Gewinn. In der Nr. 13 des Fachblattes konnten wir konstatieren, daß unser Verband im Jahre 1910 6352 neue Mitglieder gewonnen hat, ein Erfolg, wie er in der Geschichte unseres Verbandes beispiellos dasteht. Dieser Zuwachs allein dürfte erheblich bedeutender sein, als die Gesamtzahl von Schuhmachern, die den beiden

Lederarbeiter-Verbänden der Christen und der Dirsch-Dunderschen angehören. Und in dem gleichen Artikel der Nr. 13 ist auch gezeigt, welche glänzende und erfolgreiche Wirksamkeit im Interesse seiner Mitglieder der Verband entfaltet hat. 3 027 500 Stunden Arbeitsverfügen und 1 107 400 M. Lohnerhöhung pro Jahr wurden errungen, ein Erfolg, eine Leistung, die die Ver-

bandsmitglieder auch zu schätzen und zu würdigen wissen und die zu neuen weiteren Fortschritten ermutigen.

Der wahrhaft begeisterte und erhebende Siegeszug unseres Verbandes findet im laufenden Jahre seine erfreuliche Fortsetzung. Im ersten Quartal ist die Mitgliederzahl unseres Verbandes in großartiger Weise weiter gestiegen, so daß er die

45 000

erreichte. Genau 44 960 Mitglieder zählte unser Verband am Schlusse des ersten Quartals, um 2272 mehr als Ende 1910. Hält diese Zunahme auch in den anderen drei Quartalen in gleichem Maße an, so bringt uns das Jahr 1911 rund 10 000 neue Mitglieder, neue Verbandsgenossen und Genossinnen und erreichen wir nicht nur das für die nächste Zukunft gesteckte Ziel von 50 000, sondern wir marschieren noch ein ganz erhebliches Stück darüber hinaus, beginnen mit einem sehr schönen Anfang das zweite 50 000, um auf die 100 000 loszusteuern. Wie unser Verband schon heute bis auf einen kleinen Rest die große Armee der organisierten Schuhmacher umfaßt, so ist er auf dem besten Wege, die überwiegend große Mehrzahl der überhaupt organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten Schuhindustrie in sich zu vereinigen und die schwere Schädigung der Arbeiterinteressen durch die „christlich-nationale“ Gewerkschaftszersplitterung zum großen Nutzen der Arbeiterschaft immer mehr zu verhüten. Sie mögen nur so fortfahren mit dem empörenden Verrat der

Arbeiterinteressen, wie in Weissenfels, in Köln, Stuttgart etc., überall da, wo sie noch ein Häuflein Anhänger zählen und sie werden bald vollständig abgewirtschaftet haben.

Gerade der ehrliche und entschlossene Kampf unseres Verbandes für die fortschreitende Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse, für Arbeitszeitverkürzung und auskömmliche Löhne, bildet das „Geheimnis“ unserer Erfolge und Fortschritte, denn er erobert und rechtfertigt das Vertrauen der Arbeiter in den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, dessen höchste und heiligste Aufgabe die tatkräftige Wahrnehmung der Interessen seiner Mitglieder ist.

So bleiben denn auch die Verleumdungen und Beschimpfungen unseres Verbandes durch seine „christlich-nationalen“ Gegner ohne jede Wirkung. Diese Verleumdungen und Beschimpfungen sind besonders in der christlichen „D. Lederarb.-Ztg.“ umso fanatischer, je größer die christlichen Verräterei sind und je mehr sie Grund dazu haben, die Aufmerksamkeit und Kritik der

Arbeiter von ihrem gemeinschaftlichen Treiben abzulenkten.

Es stellt der Selbständigkeit und Urteilsfähigkeit der großen Masse der Arbeiter der Schuhindustrie das glänzendste Zeugnis aus, daß sie sich durch die beständig in der frevelhaftesten Weise gegen unsern Verband geschleuderten Verleumdungen und Beschimpfungen nicht irreführen lassen, sondern selbständig urteilen und sich der Organisation anschließen, die nichts anderes als die Vertretung ihrer Interessen kennt und die keinen Verrat wie keine Verräter in ihren Reihen duldet.

Von dem nie getäuschten Vertrauen der Arbeiterschaft getragen steht unser Verband seinen Siegeszug auf der betretenen Bahn unaufhaltsam ohne Stillstand fort, um noch mehr zu erklimmen und in immer höherem Maße zur Erfüllung seiner Aufgabe: der fortschreitenden Lösung der Lage der gesamten Arbeiterschaft der Schuhindustrie, befähigt zu werden.

Und darum schalle aufs neue unser Sammelnruf ins Land hinaus:

Sinein in den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands!

Unsere Haushaltungstatistik.

I.

In Nr. 14 d. Bl. besprachen wir die von unserem Verbandsvorstand veranstalteten lohnstatistischen Erhebungen, die mittels Karten vorgenommen werden und für die sich die gestellten Fragen auf eine kleine Zahl wichtiger Punkte der Arbeits- und Wohnverhältnisse beschränken. An diesen Erhebungen sollten sich unsere sämtlichen circa 45 000 Verbandsmitglieder beteiligen und da sie noch im Gange sind, mag neuerdings an dieser Stelle ein Appell an sie ergehen, sich dieser wichtigen und für alle nützlichen Mitarbeit nicht zu entziehen, damit ein recht reichhaltiges und brauchbares Material gewonnen werden kann, das dann zur Förderung der Interessen der Arbeiter der Schuhindustrie zweckmäßig und wirksam bearbeitet werden wird.

Diese lohnstatistischen Erhebungen sollen nun ergänzt werden durch hauswirtschaftliche Erhebungen. Es sollte eben nicht nur ein Bild der Verhältnisse der Arbeiter in der Werkstatt und Fabrik gegeben, nicht bloß erforscht und dargestellt werden, unter welchen Bedingungen sie arbeiten, sondern es soll auch ein Bild der Verhältnisse der Arbeiter in ihrer Wohnung dabei gegeben werden, eine Darstellung der Bedingungen, unter denen sie leben.

In der Nr. 23 des „Fachblatt“ hat der Vorstand die hauswirtschaftliche veröffentlichen und eine orientierende und wegweisende Anweisung dazu gegeben. Wir erlauben unsere Kollegen und Kolleginnen, unsere Arbeiterfrauen, dringend, diese Liste und Anweisung auch zu lesen, aufmerksam zu lesen und wenn der eine oder andere Satz auf den ersten Blick unklar bleiben sollte, ihn wiederholt zu lesen, bis er erfasst ist, was keine Schwierigkeit verursachen sollte.

Mit der Bornahme dieser statistischen Erhebungen erfüllt bekanntlich der Vorstand nur seine Pflicht, indem ihm die Kölnener Generalversammlung unseres Verbandes einen bezüglichen Auftrag erteilt hat, den er einfach auszuführen hat. Es handelt sich also bei diesem Unternehmen nicht um eine müßige Neugierde oder statistische Spielerei des Vorstandes, auch nicht um eine zwecklose Belästigung der Mitglieder, sondern um eine sehr ernste und notwendige Sache, die dem sich geltend machenden Bedürfnis unserer Organisation, unserer Bewegung gerecht werden will.

Der erste Schritt zur Besserung auf allen Gebieten ist die Erkenntnis — die Erkenntnis dessen was ist und das festzustellen und auszusprechen, ist eine verdienstliche Tat. Wohl darum auch lehrte der weise Sokrates den bedeutungsvollen philosophischen Satz: „Erkenne dich selbst!“ Darum dreht sich übrigens im Grunde genommen auch unsere ganze Agitation die nichts anderes ist, als das feste, planmäßige und zielbewusste Arbeiten zur Verbreitung von Aufklärung der Masse der unorganisierten Arbeiter über ihr Stellung in der heutigen Gesellschaft, die in jeder Hinsicht unbefriedigend und daher verbesserungsbedürftig ist. Der Mangel dieser Einsicht ist eben die Hauptursache des Fernbleibens der Millionen indifferenten Arbeiter von der modernen Arbeiterbewegung, denn die Fälle, da diese Einsicht wohl vorhanden, aber nur böser Wille den Anschluß an die Arbeiterbewegung verhindert, dürften doch selten sein. Insofern sie vorhanden sind, handelt es sich um egoistische und individualistische Streber, die glauben, es weiter zu bringen, wenn sie ihre eigenen Wege gehen und sich um den Nebenkollegen, um den Mitarbeiter und Schicksalsgenossen nicht kümmern, daraus erwidern sich die Zuträger und Denunzianten in der Fabrik, die Streiftreuer und Verräter, die aber letzten Endes doch

auch nur Proletarier bleiben, aber Lumpenproletarier, deren einziger Gewinn die bergehohe Summe von Verachtung ist, die sie durch ihr unsozialistisches Verhalten erworben haben.

Auch unsere hauswirtschaftlichen Erhebungen wollen nichts anderes als die Erlangung von Erkenntnis — der Erkenntnis, wie der Arbeiter lebt, wie unsere verheirateten Verbandsmitglieder mitsamt ihren Familien leben. Man könnte ja dazu sagen, na, das weiß doch jeder einzelne von ihnen selbst sehr genau und das wissen auch wir alle, die wir uns in den gleichen Verhältnissen befinden. Der Unterschied besteht nur darin, daß der einzelne je nach der Kopfzahl seiner Familie, je nach der Zahl der erwerbenden Familienmitglieder, je nach den Gesundheits- oder Krankheitsverhältnissen des Ernährers der Familie oder der Familienmitglieder sich etwas besser oder schlechter befindet. Nun gerade diese Unterschiede verleihen der Gesamtlage der Arbeiterschaft ihren typischen Zug, der geschilbert und dargestellt werden soll. Ist es doch geradezu Regel, daß die bürgerlichen Kreise die Lage der Arbeiter nach den besten Löhnen und bestqualifizierten Arbeitern, die immer nur eine kleine Zahl bilden, beurteilen und somit ein Zerrbild der Wirklichkeit geben. Der Campagner trinkende und Droschken fahrende Maurer, mit dem die arbeitereinstimmliche Presse von Zeit zu Zeit die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft nach Verbesserung ihrer Lage als ungerechtfertigt und frivol belächelt und zu distanzieren versucht, ist ein bis zur Karikatur getriebenes Beispiel dafür. Aber es fordert zum Nachdenken deswegen auf, weil es überhaupt gebraucht werden kann. Die Möglichkeit dazu bietet einmal die blühende Erkenntnis der besitzenden Klassen von dem Leben der Arbeiterklasse und sodann die erhabene Lebens- und Weltanschauung, daß selbstverständlich der Arbeiter nicht so leben

kann, wie ein Kommerzienrat oder ein Junker und daß es Arme und Reiche immer gegeben hat, immer geben wird und geben müsse — logischerweise geben müsse, wenn die Ausbeuterordnung des Kapitalismus aufrecht erhalten werden soll, die eben Arme, heillosen Proletariat als Ausbeutungsobjekte zur notwendigen Voraussetzung hat. Sodann wissen viele der erhabenen Stützen der Gesellschaft aus Büchern und insolge selbstgemachter Reisen nicht selten besser Bescheid über die Lage der Konjunktur oder der Samojeden auf Grönland als über die Lage der Arbeiter, die an ihrem eigenen Wohnort in der nächsten Straße oder im Hinterhaus der Großstadt wohnen.

Es gilt also, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und zu verbessern die falsche Willensrichtung der bestehenden Klassen auf planmäßige Niederhaltung der arbeitenden Klassen und Verewigung ihres Glends zu bekämpfen, als Verbrechen an dem Volke zu brandmarken und so die moralischen Umstände für die erfolgreiche Fortführung unserer Bestrebungen günstiger zu gestalten.

Diese Wirkung und dieses Ziel wird, benutzt oder unbenutzt, mit allen lohnstatistischen und hauswirtschaftlichen Erhebungen der organisierten Arbeiterchaft verfolgt und es kann wohl gesagt werden, daß die große Summe von Arbeit und Kosten, die die Gewerkschaften bisher für diesen Zweck aufwandten, nicht umsonst geopfert wurden. Und es ist bereits viel in dieser Beziehung geleistet worden, denn es ist heute eine reichhaltige und wertvolle Literatur über die Lebenshaltung der Arbeiter, über Arbeiterbudgets oder Arbeiterhaushaltsrechnungen vorhanden und es haben dazu auch einzelne Schriftsteller, wie z. B. der Genosse Adolf Braun („Haushaltsrechnungen Nürnberger Arbeiter“) sowie auch die arbeitsstatistische Abteilung des statistischen Reichsamtes in Berlin beigetragen. Ebenso hat unser Verband der statistischen Erforschung der Lage der Schuhmacher seit jeher seine ernste Aufmerksamkeit gewidmet und im Laufe der Jahre reiches Material darüber veröffentlicht.

Mit unsern hauswirtschaftlichen Erhebungen wollen wir also nicht etwas überhöht neues, nichts überflüssiges, keine unnütze Belästigung unserer Mitglieder, sondern positives und beweiskräftiges Material zur Förderung der Interessen unserer Mitglieder wie der gesamten Arbeiterchaft der Schuhindustrie gewinnen. Mit diesem Material wollen wir agitieren und die unorganisierten Kollegen aufklären und für unseren Verband gewinnen und mit diesem Material wollen wir auch den Unternehmern der Schuhindustrie zeigen, wie ihre Arbeiter leben — wie sie nicht leben und wie sie leben sollten.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910.

II.

Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle.

Die im Jahre 1910 stattgefundenen umfangreichen wirtschaftlichen Kämpfe werden zu der günstigen Entwicklung der freien Gewerkschaften wesentlich beigetragen haben. Doch wurde auch von den Zentralverbänden die eingetretene bessere wirtschaftliche Konjunktur zu einer regen Agitation ausgenutzt. Die Unterstützung einer solchen Agitation auf örtlichem Gebiet ist eine der ersten Aufgaben der Kartelle. Sie kommt namentlich dann in Frage, wenn es gilt für die Arbeiter eines Berufs, für die am Ort noch kein Zweigverein besteht, einen gewerkschaftlichen Zusammenschluß herbeizuführen, was selbstverständlich nur in Verbindung mit den maßgebenden Instanzen des zuständigen Zentralverbandes geschehen kann. Ist es dann zu der Neugründung eines Zweigvereins gekommen, so erwächst dem Kartell die weitere Aufgabe, demselben solange treulich zur Seite zu stehen, bis er in sich völlig gefestigt ist.

Die Erfüllung dieser Pflichten erfordert häufig die Veranstaltung besonderer Versammlungen für die einzelnen Bezirke seitens der Kartelle; es belief sich deren Zahl im Jahre 1910 auf insgesamt 1248. Außerdem fanden noch 2500 allgemeine Versammlungen statt, die den gemeinsamen Aktionen aller Gewerkschaftsmitglieder am Orte dienen.

In 86 Orten wurden keine Versammlungen abgehalten, doch ist in vielen Fällen diese Unterlassung auf Lokalmangel zurückzuführen.

Daß man mit dem schroffen Mittel der Saalabtreiberei noch immer verfuhr, der Arbeiterbewegung Abbruch zu tun, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1910 57 Kartelle eigene Versammlungsräume unterhielten (1909: 48). Größer noch dürfte aber die Zahl der Orte sein, wo den Gewerkschaften überhaupt keine ausreichende Lokalitäten zur Abhaltung von Versammlung zur Verfügung stehen. In solchen Orten erwächst den Gewerkschaftsmitgliedern die Pflicht, diesen koalitionsfeindlichen Bestrebungen in einem ausdauernden, planmäßigen Kampfe entgegenzuwirken.

Die Zahl der Arbeiterinnen-Agitationskommissionen ist von 29 auf 25 zurückgegangen, dagegen ist die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen bedeutend gestiegen, und zwar von 48 auf 80. Die Einsetzung weiblicher Vertrauenspersonen ist besonders angebracht, damit die Lohnarbeiterinnen Gelegenheit haben, ohne Scheu über antöbliche Behandlung seitens der Arbeitgeber oder Vorgesetzter Beschwerde führen zu können.

Von 128 Kartellen wurden zusammen 133 statistische Erhebungen veranstaltet. In 9 Fällen erstreckten sich dieselben auf die Feststellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, in 42 Fällen wurde der Grad der Arbeitslosigkeit ermittelt und 82 Erhebungen dienten sonstigen Zwecken. 1909 fanden 171 statistische Erhebungen statt. Der Ausfall an Erhebungen wurde durch die geringere Zahl der Arbeitslosenzählungen verursacht.

Zur Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen bestanden 1910: in 139 Orten Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsfachen, in 48 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Rost- und Logiswensens beim Arbeitgeber und in 228 Orten Bauarbeiterjugtkommisionen. Wesentliche Veränderungen in der Zahl dieser Institutionen sind seit 1909 nicht eingetreten.

An immer steigendem Maße werden seitens der Kartelle die Bildungsbestrebungen der Arbeiterchaft gefördert. Das ist ein sehr erfreuliches Symptom und kann auf diesem Gebiet von den Kartellen noch viel dankbare Arbeit geleistet werden. Die Bildungsbestrebungen stehen mit der Förderung der Agitation in enger Beziehung, so mag ein erheblicher Teil der Versammlungen durch Halten wissenschaftlicher Vorträge auch den Bildungsbestrebungen zugute gekommen sein. 496 Kartelle unterhielten gemeinsame Bibliotheken (1909: 464) und 71 (1909: 54) haben Lesezimmer eingerichtet. Bildungsausschüsse bestanden in 292 Orten (1909: 272) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 293 (1909: 284). Die beiden letzteren Einrichtungen werden jedoch von einer erheblichen Zahl Kartelle gemeinsam mit der Partei unterhalten.

Gewerkschaftshäuser sind in 53 Orten vorhanden. In 16 Fällen dienen gepachtete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen und in 37 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstücke errichtet. Zur Errichtung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet.

Herbergen in eigener Regie werden von 28 Kartellen unterhalten, die in der Regel in Verbindung mit den Gewerkschaftshäusern stehen. Die Zahl der Herbergen bei Gastwirten, die bezüglich der Unterbringung von reisenden Gewerkschaftsmitgliedern feste Abmachungen mit den Kartellen getroffen haben, die einer ständigen Kontrolle unterliegen, beträgt 307.

Arbeitersekretariate, die von Kartellen unterhalten werden, bestehen an 96 Orten, außerdem sind noch von 203 Kartellen Rechtsauskunftsstellen eingerichtet. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Ueber die Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen wird später besonders berichtet werden. 13 Kartelle besitzen zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte eigene Büroräume. Von 89 Kartellen werden insgesamt 152 Angestellte beschäftigt, die hauptsächlich in den Sekretariaten tätig sind.

Der Zustand in Stuttgart beendigt.

Die Kollegen in Stuttgart haben den Kampf nach neunwöchentlicher Dauer abgebrochen, indem sie in einer am 30. Mai stattgefundenen Versammlung nachstehende Resolution zum Beschluß erhoben:

„Die heute am 30. Mai 1911 stattfindende Versammlung der streikenden Schuhmacher verurteilt ganz entschieden das die Interessen der Schuhmacher schädigende Erbeiben des christlichen Verbandes, welcher durch sein Vorgehen eine durchgreifende Verbesserung der Lohnverhältnisse verhinderte.

Die Versammlung erklärt die Zugeständnisse der Meister für durchaus ungenügend und der gesteigerten Lebenshaltung nicht Rechnung tragend.

In Erwägung jedoch, daß die Zeit schon sehr weit vorgeschritten, ein größerer Teil von Kleinmeistern Streikbrecherdienste leistete und der christliche Verband den Verrat an den Interessen der Arbeiter soweit trieb, daß er Streikbrecher in größerer Anzahl nach Stuttgart vermittelte, wodurch es aussichtslos geworden ist, einen weiteren Erfolg zu erzielen, beschließt die Versammlung, den Kollegen zu empfehlen, die Zugeständnisse anzunehmen, lehnt aber den Abschluß eines Tarifes und dessen Festlegung auf eine längere Zeit in Rücksicht auf das Minimale dieser Zugeständnisse ab.“

Der Kampf wurde seitens unserer Kollegen mit seltener Einmütigkeit und Ausdauer geführt und ist von den Streikenden kein einziger zum Streikbrecher geworden. Mit derselben Einmütigkeit und Geschlossenheit wurde der Kampf auch abgebrochen, ohne die geringste Spur von Mißstimmung zu hinterlassen. Daß die Meister für diesmal den „Sieg“ davontrugen, haben sie in erster Linie den „Christlichen“ zu verdanken, auf deren schamloses Verhalten wir noch zurückkommen werden. Wie sehr erbaute die Meister von ihrem „Sieg“ sind, geht daraus hervor, daß sie beabsichtigen,

Inhaltsverzeichnis.

Der Sieg des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands. — Unsere Hauswirtschaftsstatistik. — Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1910. — Der Zustand in Stuttgart beendigt. — Lohnbewegungen und Streiks. — Die Münchner Schuhfabrikanten und der paritätische Arbeitsnachweis. — Die Reichsversicherungsordnung im Reichstag. — Die deutschen Streiks und Ausperrungen des Jahres 1910. — Die Großeinlaufgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1910. — Pfingstbertrachtungen eines Arbeitlosen. — Positives Christentum. — „Christlich“ beherrschte Ortsrentenkasse. — Weltanschauung. — Gewerkschaftliches. — Mitteilungen. — Rundschau. — Verbandsnachrichten. — Berichtigung. — Literarisches. — Versammlungskalender.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zur Beachtung! Unsere Kollegen ersuchen wir dringend, bevor sie nach auswärts in einer anderen Zahlstelle Arbeit annehmen, sich erst bei dem Bevollmächtigten der betreffenden Zahlstelle über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse näher zu erkundigen.

Wird dieser Mahnung allseitig entsprochen, dann werden gar viele Kollegen vor Enttäuschungen und oft schweren Nachteilen bewahrt bleiben.

Dresden. Der Streik der Schloßarbeiter ist beendet. Da noch eine große Zahl Schloßarbeiter arbeitslos ist, wird ersucht, Zugang fernzuhalten.

Linden (Ruhr). Die Sperre über die Schuhfabrik Ferd. Arenhaus wurde aufgehoben.

Pforzheim. Die hiesige Lohnbewegung ist beendet.

Rathenow. Die hiesige Lohnbewegung ist beendet.

Wermelskirchen. Die Differenzen bei der Firma Kippel sind durch Verhandlungen der beiden Organisationen beigelegt. Die Sperre ist damit aufgehoben.

Wraßbad. Bei der Firma Gebr. Hofmann werden organisierte Kollegen wegen „Arbeitsmangel“ entlassen. Der Arbeitsannahme wird gewarnt.

Berlin. Gesperrt ist die Firma Samann & Co. Michael-Hofstraße 16. Der Betrieb ist aufs strengste zu meiden.

Blankenburg a. S. Die hiesigen organisierten Kollegen haben einen Lohnarif eingereicht.

Burg. Die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Gust. Böse, hier, sind außerst verbesserungsbedürftig, weshalb wir die Kollegen dringend raten, bevor sie dort nach Arbeit anfragen, sich vorher bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Eppendorf i. Sa. Hier herrscht großer Arbeitsmangel.

Essen (Ruhr). Die hiesigen Kollegen stehen in allen Werkstätten, welche den mit der Zunung vereinbarten Tarif nicht anerkannten, im Streik.

Frankfurt a. O. Da die Firma C. Eschschke den organisierten Kollegen dadurch Schwierigkeiten macht, indem sie die Vertrauensmänner oder Ausführmilglieder aus wichtigen Gründen entläßt, sind Arbeitsangebote dieser Firma abzulehnen.

Großsch. Die Kollegen werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, vor Arbeitsannahme bei der Firma D. & E. Kallischer erst Erkundigungen einzuziehen.

Heilbronn a. N. Der Geschäftsgang in den hiesigen Betrieben ist ein außerordentlich schlechter. Stellenangebote sind abzulehnen.

Jerlöh. Am 6. Juni legten die organisierten Kollegen den Arbeitgebern einen Lohnarif vor. Die Verhandlungen sind bis jetzt noch nicht erledigt.

Liegnitz. Wegen Arbeitsmangel bei der Firma Wieluner sind Arbeitsangebote dieser Firma strengstens zurückzuweisen, um sich vor Schäden zu bewahren.

Lößnitz. Die Firma Uerwald & Sauerbrunn hat eine Ueberholmaschine aufgestellt und sofort mehreren Arbeitern gekündigt. Da nun auch Lohnstreitigkeiten wegen dem Uffortarif bei der Ueberholmaschine entstanden sind, ist der Zugang von Zwickern und Ueberholern streng fernzuhalten.

Schwenningen. Die Kollegen werden ersucht, bevor sie hier Arbeit annehmen, sich bei der Ortsverwaltung zu erkundigen.

Sendal. Die Elektrische Besohlanstalt von Ehrich Schöbawachten ist wegen Lohnifferenzen gesperrt.

Strasbourg i. E. Bei der Firma Levy & Weil sind die Zwicker und Maschinensarbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten.

Stuttgart. Der Streik dauert unverändert fort.

Storkow. Hier sind Maßregelungen vorgenommen worden.

Zuttlingen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Weimar. Wegen Nichtbezahlung des Tarifes in verschiedenen Geschäften sind Arbeitsangebote nach hier abzulehnen.

Weiskensfeld ist streng zu meiden, da wegen angeblichem Arbeitsmangel in verschiedenen Fabriken Entlassungen vorgenommen worden sind.

Zeis. Die Kollegen werden ganz besonders darauf aufmerksam gemacht, vor Arbeitsannahme bei der Firma Spüringer Schuh-Industrie, Thurm & Blumenstein, erst Erkundigungen einzuziehen.

Zerbst ist wegen Differenzen zu meiden.

Zweibrücken. Bei der Firma Ipfier in Niederauerbach ist Streik ausgebrochen.

Schwetz.

Arbon. Wegen Verweigerung der Forderungen und Maßregelung sind in der Schnellsohlerei Strelbel Differenzen ausgebrochen.

Bun. Den in einer Tarifbewegung stehenden Arbeitern wurden Unterhandlungen verweigert und stehen die Kollegen in Kündigung.

St. Gallen. Ueber das Geschäft von Stenzel, Markt-gasse 5, ist die Sperre verhängt.

Zürich. Hier stehen die Arbeiter der Betriebsgenossenschaft der Schuhmachermeister in Kündigung wegen Einföhrung der Uffordarkeit. Unterhandlungen wurden abgelehnt.

Oesterreich.

Eplitz. Böhmen. Die hiesigen Schloßarbeiter stehen im Streik.

Dänemark.

Ropenhagen. Da hier keine Tarifgemeinschaft besteht, werden zureisende Kollegen ersucht, sich vorher im Verbandsbureau, Nimmersgade 22, II, betr. Arbeitsannahme zu erkundigen.

Nach vorstehenden Orten ist der Zugang streng fernzuhalten.

eine Aussperrung unserer Kollegen vorzunehmen, um, wie sie sagten, „vor Ueberrassungen geschützt zu sein“. Zu einem solchen Beschlusse kam es nun zwar nicht, es scheint aber doch, als wäre den Meistern trotz ihres „Sieges“ die jetzige Situation keineswegs angenehm und als hätten sie alle Ursache auszurufen: „Noch so ein Sieg und wir sind verloren!“ Wie schon bemerkt, werden wir auf den ganzen Verlauf des Kampfes noch zurückkommen.

Die Münchner Schuhfabrikanten und der paritätische Arbeitsnachweis.

Bereits im Jahre 1904, also vor 7 Jahren, hat sich der Vorliegende des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, Herr Manz, auf der Berliner Generalversammlung grundräßig für den paritätischen Arbeitsnachweis in der deutschen Schuhindustrie ausgesprochen. Er bezeichnete den paritätischen Arbeitsnachweis als das „Ideal auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung“.

Aber auch die Münchner Generalversammlung des Fabrikantenverbandes stimmte dem bei und es dürfte in Verfolg dessen nun Sache unserer Funktionäre sein, sich im Verein mit den Herren Fabrikanten über diese keineswegs untergeordnete Frage zu verständigen.

Als selbstverständlich dürfte es wohl gelten, daß die soziale Folge dieses, die Aufhebung der einseitigen und parteiischen Arbeitsnachweise der Fabrikanten ist und daß deren Erhebung durch einen paritätischen Nachweis an dem Arbeiter und Fabrikanten in gleichem Maße mitwirkt, erfolgt.

Die Münchner Kollegen haben anlässlich ihrer letzten Bewegung demgemäß gehandelt und auch durch Tarifvertrag (§ 95) festgelegt: „Der Arbeitsnachweis ist paritätisch einzurichten.“ Doch die Herren Schuhfabrikanten in München sind ja bekanntlich von demselben Holze, wie ihre gleichgesinnten Klassengenossen anderer Berufe und handeln ebenfalls nach dem bekannten Grundsatze: „Versprechen und halten ist zweierlei.“ Was kümmern sich die Herrschaften um die Beschlüsse ihres eigenen Verbandes, wenn ihnen dieselben nicht in den Kram passen, was scharren sich die Herren um den abgeschlossenen Tarifvertrag — die Hauptsache ist, daß die Arbeiter damit gebunden sind — für sie gilt der Grundsatze: „Wir sind die Herren im Hause und damit basta!“ Dabei kommt ihnen das bekannte und schon wiederholt gekennzeichnete sogenannte „Umschau“, ferner das aus allen Teilen Deutschlands und in letzter Zeit immer mehr zunehmende „Anbieten“ der Ware Arbeitskraft sehr zu gute.

Würden hier die Kollegen nicht sich selbst entgegenarbeiten und würden die Kollegen allerorts die ständige Notiz des „Fachtblatt“ beachten, so würden die Herren Fabrikanten in ihrem Vorgehen nicht nur nicht befürcht, nein, mancher Kollege, und wenn er verheiratet ist, auch seine Familie wäre vor manchem gründlichen Reinsfall bewahrt. Denn nicht die Liebe zu den auswärtigen Arbeitskräften ist es, welche die Herren Fabrikanten veranlaßt, sich nach auswärts zu wenden, nein, es gilt Leute zu gewinnen, die in solche Unkenntnis der Verhältnisse entweder zu niederen Sätzen arbeiten, oder durch eine systematische Antreiberei sich herbeilassen, als Konturreiz ihren Kollegen gegenüber zu dienen, oder durch ein beachtliches Ueberangebot von Arbeitskräften die einheimischen Arbeitskräfte aus dem Sattel zu heben. Dieses Verhalten ist dem Kenner der Verhältnisse längst bekannt, und mancher unter den schönsten Versprechungen nach München geladete Kollege schüttelte den Münchener Staub von den Pantoffeln, als er den Zweck seines Hierseins erkannte.

Nun liegt es uns fern, dem vom Vorliegenden des Vereins der Münchner und Augsburger Schuhfabrikanten geführten Arbeitsnachweis eine größere Bedeutung beizumessen, als er in Wirklichkeit hat, aber das eine fest steht, daß nicht nur über die „mischeligen“ Kollegen am hiesigen Platze, sondern auch über die von auswärts bezogenen Kollegen, genau geführte Personalaute angelegt sind, was gelegentlich einer Verhandlung einem unvorsichtigen Herrn entschlüpfte, indem er erblid in dem Grundsatze: Aushungerung und mühe machen der unbehaglichen Arbeitskräfte ausplauderte.

Nachdem der Tarifvertrag den paritätischen Arbeitsnachweis vorsieht, waren die Kollegen allerdings nicht untätig in dieser Frage. Eine Reihe Sitzungen, ja sogar Probeeinführungen fanden in dieser Sache statt, und jetzt nach mehr als 17monatlicher Arbeit ist laut Gewerbegericht den Herren Fabrikanten anheimgegeben, was sie zu tun haben.

Charakteristisch von der Auffassung eines paritätischen Arbeitsnachweises in den Kreisen der Münchner Fabrikanten ist die Tatsache, daß die Herren meinen, man möge die Vermittlung dem Vorliegenden des Fabrikantenverbandes überlassen, eine Arbeiterkommission, vielleicht aus demselben Betriebe einsetzen, die den Fabrikanten ob seiner einwandfreien Vermittlung kontrolliert. Ein solches Angebot wurde dankend abgelehnt, wobei ein neuer Vorschlag der Herren dahingehend gemacht wurde, man möge einem Gastwirt oder einem Zigarrenhändler die Vermittlung übertragen. Auch dieses wurde abgelehnt und von Arbeiterseite der Vorschlag gemacht, man möge die Vermittlung dem städtischen Arbeitsamte anschlüssen mit der Maßgabe, eine Sachkommission zu bilden, welche die Vermittlung und etwaige Beschwerden zu prüfen hat. Dieser Vorschlag wurde damit begründet, daß das Münchner Arbeitsamt bereits eine ausgedehnte Vermittlung hat, fast sämtliche Gewerkschaften demselben angeschlossen sind, das Amt selbst sichtlich eine paritätische Vermittlung vornimmt und ferner für den handwerksmäßigen Beruf bereits schon seit Jahren die Arbeitskräfte vermittelt. Nun mit einem Male erblideten die Herren, und zwar wie sie selbst zugaben, weil die Arbeiter den Vorschlag machten, in der städtischen Vermittlung eine Gefahr. Die Arbeiter könnten vielleicht gar etwas mitzureden haben und

es genügte den Herrschaften nicht, als erklärt wurde, daß ja doch der Stadtmagistrat München die Aufsicht und Leitung über das Arbeitsamt hat.

Nach längerer Beratung und Hinzuziehung des Rechtsrates Freiherr v. Freyberg, den Vertretern der Meisterschaft usw. gelang es nun doch die Herren zu bewegen, einmal probeweise auf ein halbes Jahr die Vermittlung an das städtische Arbeitsamt zu verlegen. Nach Ablauf dieser Frist soll weiter beraten werden. Obwohl man sich gegenseitig versprach, alle Arbeitskräfte, die zuzusprechen, an das Arbeitsamt zu verweisen und nur von dort vermittelte Personen einzustellen, sind die Herren unter dem Vorwande, das Arbeitsamt ist unfähig, man bekommt von dort keine passende Arbeitskräfte, man könne den Arbeitern nicht zumuten, daß sie erst an das Arbeitsamt gehen usw. ihrem Versprechen untreu geworden. Ja, die Herren haben noch nicht einmal ihre eigene Vermittlung aufgegeben, wie sie auch Arbeitskräfte einstellten und in der Presse suchten, ohne daß sie solche am Arbeitsamte angemeldet haben.

Unter diesen Verhältnissen und bei dem offen zutage getretenen Widerwillen war der Ausgang der Probezeit jedem klar.

So kam es nun auch, daß die Herren nach Ablauf der Probezeit einfach erklärten: Laut Beschluß ihrer letzten Sitzung ist der vom Verein der Münchner und Augsburger Schuhfabrikanten einerseits, dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands andererseits, auf ein halb Jahr probeweise eingeführte paritätische Arbeitsnachweis beim städtischen Arbeitsamt als erledigt zu betrachten. Das städtische Arbeitsamt ist von diesem Entschlusse bereits verständigt worden.

Ohne vorher eine Sitzung der Sachkommission, bestehend aus drei Arbeitern, zwei Meistern, einem Fabrikanten und dem Vertreter des Münchner Stadtmagistrats, abzuhalten, ohne Angabe irgend eines Grundes, beschloßen die Herren die Aufhebung der Vermittlung am städtischen Arbeitsamte. Zu gleicher Zeit verstanden es die Herrschaften aber auch, eine Sitzung in dieser Frage geradezu unmöglich zu machen, sodas sage und schreibe am 20. April 1911 es möglich wurde, einen Schiedspruch zu fällen über eine Sache, die bereits im April 1910 hätte eingeführt sein sollen.

Der Schiedspruch lautet: Das Einigungsamt gibt den Parteien auf, den paritätischen Arbeitsnachweis an das städtische Arbeitsamt anzugliedern. Die Parteien sind gehalten, in erster Linie das städtische Arbeitsamt zu benutzen.

Und was haben die Herren bis heute getan? — Nichts. Das städtische Arbeitsamt wird weiter ignoriert. Die Arbeiterchaft wird jedoch in dieser Lebensfrage nicht untätig bleiben. Allerdings lehrt die Praxis — und wir haben auch keinen Grund, dies zu bestreiten — daß zu einem Arbeitsnachweis zwei Interessenten gehören und zwar jener, der Arbeit sucht, sowie der andere, der Arbeitskräfte gebraucht. Beide Teile sind aufeinander angewiesen. Und weil dem so ist, deshalb verlangen wir eine Arbeitsvermittlung mit gleichen Rechten und Pflichten. Dagegen werden wir niemals zu haben sein, ein einseitiges Recht weder für den einen noch für den anderen Interessenten festzulegen. Mag auch die Maßregelung eines „mischeligen“ Arbeiters oder Arbeiterin durch den Unternehmensnachweis dem einzelnen oder auch den gesamten Unternehmern eine gewisse Befriedigung des persönlichen Nachdruckes bieten, die Arbeiterbewegung als solche und der Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands wird kein Mittel unversucht lassen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Sie wird auch nicht veräumen, die Herren Fabrikanten darauf neuerdings zu verweisen, daß ihr Verhalten ein tarifwidriges Genannt werden muß. Und wenn die Herren absolut kein Verständnis dafür haben, daß der Vertrag für beide Teile bindend ist, dann mögen sie selbst die Verantwortung übernehmen, wenn je nach Lage der Sache im Verein mit einer Reihe anderer Dinge einmal „Fraktur“ geredet wird.

Die Münchner Arbeiterchaft hat bis jetzt eine geradezu bewundernswürdige Nachsicht an den Tag gelegt. Dies unsondlich, wenn man berücksichtigt, daß es sich ohne weiteres theoretisch begründen ließe, wenn die Arbeiter die ausschließliche Selbstverwaltung des Arbeitsnachweises verlangen würden. Denn hier handelt es sich um den Verkauf der Ware Arbeitskraft, des einzigen Gutes, was der Arbeiter besitzt und worüber zu verfügen er allein berechtigt ist. Wenn wir dem paritätischen Arbeitsnachweis zustimmen, so wissen wir, daß mit solchen Palliativmitteln keineswegs die große Frage der Arbeit aus der Welt geschafft wird, wie auch die nur allzu berechtigten Forderungen der Arbeiter dadurch nicht erledigt sind.

Dies mögen sich die Münchner Herren Schuhfabrikanten, welche immer glauben, die erste Geige spielen zu müssen, gesagt sein lassen und demgemäß handeln.

Der Kollegenchaft Deutschlands aber rufen wir zu: Unterstützt eure Münchner Kollegen und Kolleginnen in ihrem Kampfe um wohlverdiente Rechte.

Die Reichsversicherungsordnung im Reichstage.

IV.

Die Reichsversicherungsordnung erschwert die Existenz und Entwidlung der freien Hilfskassen, die man mit dem Hinweis auf die Schwindelkassen am liebsten ganz beseitigt hätte. Die Schwindelkassen hatten und haben in der organisierten Arbeiterchaft und der sozialdemokratischen Presse ihre größten Feinde, denen aber ihre Tätigkeit durch die Gerichte erschwert wurde, die auf die Klage jedes Lumpen hin Sozialdemokraten verurteilten und damit das lichtscheue Treiben der Krankenassistenten begünstigten. Nach der neuen Reichsversicherungsordnung sollen die freien Hilfskassen als Ersatzkassen nur dann zugelassen werden, wenn ihnen bereits vor dem ersten April 1909 als einget-

schriebene Hilfskassen eine Bescheinigung nach § 75a des R.-V.-G. erteilt worden ist. Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in Zukunft neue Hilfskassen als Ersatzkassen gegründet werden können, der Antrag wurde aber von den Kompromißparteien abgelehnt.

Ferner sollen jene Freien Hilfskassen nur dann als Ersatzkassen zugelassen werden, wenn ihnen dauernd mehr als tausend Mitglieder angehören.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Mindest-Mitgliederzahl für die Ersatzkassen auf fünfhundert herabgesetzt werde:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Endlich dürfen jene Freien Hilfskassen nur für den vor dem ersten April 1909 durch die Sozialdemokraten bestimmten Bezirk und Kreis ihrer versicherungspflichtigen Mitglieder zugelassen werden.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Freien Hilfskassen sich verschmelzen können und dann als Ersatzkassen für den vor dem 1. April 1909 durch die Sozialdemokraten bestimmten Bezirk und Kreis ihrer versicherungspflichtigen Mitglieder zugelassen werden müssen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, sind zugleich auch Mitglieder der Zwangskasse, ihre Rechte und Pflichten als Mitglieder der Zwangskasse ruhen aber, solange sie Mitglieder der Ersatzkasse sind, wenn sie dies beantragen. Die Folge davon ist, daß sie auch keine Beiträge an die Zwangskasse zu leisten haben; dagegen soll der Arbeitgeber seinen Beitragsteil (also ein Drittel der Beiträge) an die Zwangskasse abliefern.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß Versicherungspflichtige, die Mitglieder einer Ersatzkasse sind, von der Verpflichtung, einer Zwangskasse beizutreten, befreit sind. Der Arbeitgeber dieser Versicherungspflichtigen soll seinen Beitragsteil an die Ersatzkasse abliefern:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens die Zwangskassen, die bei ihnen für die Mitglieder der Ersatzkasse eingeführten Beitragsteile der Arbeitgeber zu vier Fünftel an die Ersatzkasse abzuführen haben:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Bei der Behandlung der Unfallversicherung beantragten die Sozialdemokraten ihre Ausdehnung auf alle jene Personen, die dem Krankenversicherungszwange unterliegen und ferner auch auf jene Personen, die bei der Rettung von Personen oder Sachen verunglückt sind. Der Antrag wurde gewerksmäßig abgelehnt, ebenso die beantragte Ausdehnung auf alle kaufmännischen Betriebe und Theater. Eine Ausdehnung wollten unsere Genossen auch auf alle gewerblichen Betriebe mit mindestens 3 statt 10 Arbeitern, aber auch diese Bemühungen waren umsonst. Die Unfallversicherung beschränkt sich auf die reinen Betriebsunfälle, sie auch auf die Unfälle auszudehnen, die auf dem Wege zur und von der Arbeitsstelle passieren, darum bemüht sich unsere Genossen vergebens. Auch die gewerblichen Berufskrankheiten bleiben von der Unfallversicherung ausgeschlossen, obwohl sie dahin gehören.

Summarisch erwähnen wir folgende sozialdemokratische Verbesserungsanträge, die zugleich über die Mängel der Unfallversicherung, die ebenso Nachteile für die versicherten Arbeiter sind, orientieren: Unfallerschädigung durch die Unfallversicherung vom ersten Tage des Unfalls an statt während den ersten 13 Wochen durch die Krankenkassen und in der Höhe des vollen Lohnes statt nur zwei Drittel desselben; volle Anrechnung des Jahresarbeitsverdienstes von 1800 Mark übersteigenden Betrags statt nur ein Drittel desselben, aber alles wurde abgelehnt.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß bei Lehrlingen und bei Arbeitern unter 25 Jahren dann, wenn die Rente nach einem geringeren Betrage bemessen worden ist als der Jahresarbeitsverdienst derjenigen Arbeiterkategorie beträgt, in welche der Verunglückte bei regelrechtem Gang aufgerückt wäre, die Rente von drei zu drei Jahren zuletzt nach vollendetem 25. Lebensjahre des Verunglückten, entsprechend erhöht wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Weiter beantragten die Sozialdemokraten, daß für Renteneinpfänger der Jahresarbeitsverdienst, der der Berechnung der Rente zugrunde gelegt worden ist, nach je 10 Jahren in dem Verhältnis erhöht wird, in dem der Durchschnittlohn nach der Aufstellung der Berufsgenossenschaft gestiegen ist. Hiernach soll dann der Betrag der Rente neu festgesetzt werden:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Hinterläßt der Verunglückte eine Witwe oder Kinder, so beträgt die Rente ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes sowohl für die Witwe, als auch für jedes hinterbliebene Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahre. Hinterläßt der Verunglückte Verwandte der aufsteigenden Linie, die er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst unterhalten hat, so ist ihnen für die Dauer der Bedürftigkeit eine Rente von zusammen ein Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes zu gewähren. Jedoch dürfen die Renten der Hinterbliebenen zusammen drei Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes nicht übersteigen.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Rente für die Witwe auf ein Drittel des Jahresarbeitsverdienstes des Verunglückten erhöht werde:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Endlich beantragten die Sozialdemokraten, daß der Höchstbetrag der Rente für die Hinterbliebenen zusammen auf den vollen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes erhöht wird:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß die Mittel der Berufsgenossenschaften nicht zur Unterstützung solcher Verbände verwendet werden dürfen, die die Arbeiterversicherung oder die Arbeiterorganisationen bekämpfen, wie z. B. der Zentralverband Deutscher Industrieller:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

In den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung liegt die Leitung ganz in den Händen der Arbeitgeber.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Vorstand zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeitgeber und zu einem Drittel aus Vertretern der Versicherten bestehen soll:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Für die Durchführung der Unfallverhütung sind wiederum fast ausschließlich die Unternehmer maßgebend.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Unfallverhütung durchgeführt werden soll durch einen Unfallverhütungsausschuß, der wiederum aus Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten besteht:

Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Die Sozialdemokraten beantragten weiter, daß ein Abdruck der für den einzelnen Betrieb oder Betriebszweig geltenden Unfallverhütungsvorschriften jedem Arbeiter auf Verlangen ausgehändigt werden muß. In der Betriebsstätte muß ein Abdruck der Vorschriften dem Versicherten in zweckmäßiger Weise zugänglich gemacht werden:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten wollten die Berufsgenossenschaften zwingen, mindestens so viel technische Aufsichtsbefugnisse anzustellen, daß jeder in der Genossenschaft versicherte Betrieb jährlich einmal besichtigt wird:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Ferner beantragten die Sozialdemokraten, daß von den technischen Aufsichtsbeamten mindestens ein Viertel in dem Gewerbebezuge, dem die versicherten Betriebe angehören, als Arbeiter beschäftigt gewesen sein muß.

Die landwirtschaftlichen Arbeiter bekommen nicht den sog. Unfallzuschuß zum Krankengeld. Dies ist bekanntlich eine Erhöhung des Krankengeldes von dem Beginn der fünften Woche ab und tritt für die andern Arbeiter bei allen Krankheiten ein, die die Folge eines Unfalls sind.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese Ausnahmebestimmung gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Dem Reichsversicherungsamt ist es ausdrücklich verboten, anstelle der Genossenschaften, die ihre Pflicht in bezug auf die Unfallverhütung gröblich vernachlässigen, Unfallverhütungsvorschriften zu erlassen und technische Aufsichtsbeamte anzustellen.

Die Sozialdemokraten beantragten, diese unerhörte Begünstigung gewissenloser Agrarier zu streichen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die See-Unfallversicherung auf die Personen ausgedehnt werde, die von inländischen Schiffen, ohne zur Schiffsbesatzung zu gehören, in inländischen Häfen, auf Kanälen und Flüssen beim Löschen und Laden, bei der Beaufsichtigung, Reinigung und dergl. Arbeiten beschäftigt werden:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten weiter, die See-Unfallversicherung auf die Folgen der klimatischen Krankheiten bei den Seeleuten auszudehnen:

Abgelehnt von den Kompromißparteien.

Die Sozialdemokraten beantragten weiter, daß den Seeleuten während der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfall unter allen Umständen von ihrem Arbeitgeber mindestens das gewährt werden muß, was nach den Bestimmungen der Gewerbe-Unfallversicherung dem Verunglückten gewährt werden muß, wobei aber als Grundlohn die Feuer gilt:

Abgelehnt von den Kompromißparteien

Auf die Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung kommen wir in der nächsten Nummer zurück. Inzwischen ist die Reichsversicherungsordnung erlitten und in der dritten Lesung mit 232 gegen 58 Stimmen bei 15 Stimmenthalten angenommen worden. Mit den Sozialdemokraten stimmten dagegen die Freiwirtschaftler, Hoffmeister, Fegter, Pottsoff, Gohs, Schröder, Stengel und Rommeln. Die 15 Polen enthielten sich der Abstimmung. Das Resultat der Abstimmung wurde von der Reich-

ten mit lebhaftem Beifall begrüßt, den die Sozialdemokraten mit Zischen beantworteten.

Die dritte Lesung wurde von den Arbeiterfeinden sogar noch zu weiteren Verschlechterungen mißbraucht, so zur Herabsetzung der Wöchnerinnenunterstützung auf dem Lande von 8 auf 4 Wochen. Die christlichen Arbeitervertreter machten ruhig auch diesen Diebstahl an den Armen mit, trotzdem unsere Genossen David und Bebel mit Entgegnungen für Sozialpolitik und Menschlichkeit eintraten.

Erlitten wurde auch das Einführungsgegesetz zur Reichsversicherungsordnung, das die Mehrheit zu einer weiteren Verschlechterung der Verhältnisse in den Dristanrentenfällen mißbrauchen wollten. Der unvorurteilhaft bekannte Junker Graf Westarp vertrat einen Kompromißantrag, nach dem alle Anstellungsverträge von Kassenangehörigen, die nach dem 1. Januar 1908 abgeschlossen wurden, annulliert werden sollten. Dem entschiedenen Austritte unserer Genossen gelang es jedoch, dieses Attentat auf wohlverordnete Rechte zu vereiteln. Schließlich fand noch ein Antrag Annahme, wonach über die Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersrente von 70 auf 65 Jahre der Bundesrat im Jahre 1915, eventuell auch früher, die bezüglichen Vorarbeiten dem Reichstag zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat.

Das ist natürlich nur ein bürgerliches Wahlmanöver, immerhin stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion dafür, um die bürgerlichen Parteien dafür fassen zu können.

Die deutschen Streiks und Aussperrungen des Jahres 1910.

Die große Reichsstatistik bringt jetzt in ihrem sechsten erscheinenden 249. Bande die amtlichen Zusammenstellungen über die Streiks und Aussperrungen des Jahres 1910. Es ist bekannt, daß diese Statistik sehr mangelhaft ist, sie umfaßt einmal durchaus nicht alle Streiks, und zum andern ist die Frage des vollen, teilweisen und Nichterfolgs der Kämpfe durch die Eigenart der polizeilichen Feststellung sehr kritisch zu betrachten. Unter Berücksichtigung dieser Mängel zeigt die Statistik für 1910 ein bemerkenswertes Anwachsen der Arbeitskämpfe. Die Ziffern lauten:

1910: 2213 Streiks, 155 680 Streikende, in 8276 Betrieben 374 083 Beschäftigte.

1909: 1537 Streiks, 96 925 Streikende, in 4811 Betrieben 253 831 Beschäftigte.

Besonders beachtlich ist, daß die Statistik eine Steigerung der Kampferfolge zugeben muß! Bis 1908 konnte die Unternehmerpresse immer damit haushieren gehen, daß die Streiks von Jahr zu Jahr weniger aussichtsreich würden. Die immer schärfer und gründlicher werdende Kritik der freien Gewerkschaften respektive der Generalkommission der freien Gewerkschaften hat wohl zu einer besseren Kontrolle der Kampferfolge geführt; sie brüden sich in den Erfolgsgahlen deutlich aus. Selbstverständlich ist ja auch, daß in wirtschaftlich ungünstigen Zeiten die Streiks nicht nur seltener sind, sondern auch schwerer zu Erfolgs führen. Für 1910 bemerkt die amtliche Statistik 19,8 Prozent aller Streiks als vollen Erfolg, 43 Prozent als teilweisen und 37,2 Prozent als ohne Erfolg.

Die Aussperrungen nehmen 1910 einen besonders großen Raum ein. Das Baugewerbe zählt allein 1016 Aussperrungen. Von 1906 an entwickelte sich der Aussperrereifer wie folgt:

Jahr	Aussperrungen	Betriebe	Beschäftigte	Aussperrte
1906	298	2780	152 440	77 169
1907	246	5287	129 563	81 167
1908	177	1758	81 286	43 718
1909	115	1749	86 870	22 924
1910	1115	10834	306 613	214 129

Unter den einzelnen Industriezweigen steht das Baugewerbe mit 173 405 Aussperrten obenan. Dann kommt die Gruppe der Metallverarbeitung mit 17056, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 13 122, die Textilindustrie mit 2886, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe mit 878 Aussperrten. Die anderen Industrien zählen nur ganz geringfügige Unternehmer, freilich.

Interessant sind die durch die Arbeitgeber bei den Aussperrungen gestellten Forderungen. 70mal verlangten sie die Aufrechterhaltung des alten Lohns (Baugewerbe 656mal), 7mal Herabsetzung des bisherigen Lohns, 407mal Aufrechterhaltung der alten Arbeitszeit (Baugewerbe 385mal), 3mal Verlängerung der Arbeitszeit, 10mal Beibehaltung der Ueberstunden. Alle sonstigen Forderungen bezogen sich auf den Bauarbeitertarif.

Bei der Erfolgsberechnung ergibt sich nach der amtlichen Statistik, daß 90,6 Prozent aller Aussperrungen mit einem teilweisen Erfolge endeten. Dies ist im besondern der Bauarbeiterkampf. Wer da moralisch gelüdet hat, ist keine Frage, wenn das Kaiserl. Statistische Amt nur einen teilweisen Erfolg bucht.

Besonders beachtlich ist, daß Aussperrungen wegen der Märzfeier 3208 verzeichnet werden, Massenerperrungen gab es nicht.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1910.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine berichtet in einem stilllichen, technisch gut ausgestatteten Büchlein über ihr 17. Geschäftsjahr. Das Berichtsjahr 1910 wird in dem Bericht den Jahren zugezählt, die sich nicht

durch eine sprunghafte Aufbesserung aller Verhältnisse, aber auch nicht durch allzu starke Rückschläge auszeichneten. Die Großverkaufsgesellschaft vermag aber wiederum auf ein sehr gutes Geschäftsjahr zurückzublicken. Ihr Umsatz belief sich auf rund 89 Millionen Mark, ihr Reingewinn auf rund eine Million Mark. Der diesjährige Reingewinnbericht ist insofern besonders interessant, als er zum erstenmal über Eigenproduktion in größerem Maßstabe berichten kann. Während die Großverkaufsgesellschaft bisher nur eine Kaffeerösterei betrieb, hat sie am 1. Januar 1910 die Tabakarbeitergenossenschaft mit ihren drei Zigarrenfabriken übernommen und kann damit hier über ein volles Jahr der Eigenproduktion berichten. Obwohl das am 15. August 1909 in Kraft getretene Gesetz über den Tabakwertzoll noch im Jahre 1910 die Geschäftsergebnisse außerordentlich stark beeinflusste, stieg der Gesamtumsatz von 27 807 Tausend Zigarren auf 20 113 Tausend, das bedeutet eine Umsatzerhöhung von 8,3 Prozent. Der Verkaufswert der Zigarren betrug im Jahre 1909 1 285 944 Mark, im Jahre 1910 dagegen 1 477 389 Mark, er vermehrte sich also um 14,7 Prozent. Der Umsatz an Tabakfabrikaten stieg von 536 335 Mark auf 668 180 Mark. Der Bericht gewährt einen interessanten Einblick in die Wirkung des neuen Tabakzollens. Der Mehrwert wurde fast ausschließlich bei den Zigarren in der Preisliste bis zu 50 Mark erzielt. Hier stieg der Absatz von 14 800 Tausend auf 19 200 Tausend, während er bei den Zigarren in höheren Preislagen von 13 000 auf 10 900 Tausend zurückging. In den drei Zigarrenfabriken wurden im Jahresdurchschnitt 489 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt davon 124 in Hamburg, 109 in Frankenberg und 256 in Hohenheim.

Die Seifenfabrik kann noch nicht einen vollständigen Jahresbericht geben. Sie hat ihren Betrieb im Juni aufgenommen und setzte in den 6 Monaten Juli bis Dezember 2 900 000 Kilogramm um. Der Wert dieses Umsatzes beträgt 1 370 000 Mark. Für das nächste Jahr ist ein bedeutend größerer Umsatz zu erwarten, stieg doch im abgelaufenen Jahre der Umsatz von 400 000 Kilogramm im August auf 670 000 Kilogramm im Dezember. Diese Steigerung wurde erzielt obwohl die Marktverhältnisse für die Rohprodukte der Seifenfabrik außerordentlich ungünstig waren. Das Gesamtpersonal der Seifenfabrik beläuft sich auf 189 Personen. Das eigentliche Arbeitspersonal bilden 88 Arbeiter und 79 Arbeiterinnen.

Auch die Kaffeerösterei hat einen ansehnlichen Mehrumsatz zu verzeichnen, sie setzte 1 698 000 Kilogramm Kaffee um gegen 1 554 000 Kilogramm im Jahre 1909, das macht ein Mehr von 9 Prozent.

Im Warenhandel sind bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Zahl der Artikel, die in eignen Packungen mit der Schutzmarke GEG geliefert werden, ist wiederum gestiegen. Diese eignen Packungen der Großverkaufsgesellschaft haben für den organisierten Konsumenten viel größere Bedeutung als mancher denkt. Sie ermöglichen für Artikel, bei denen die eigene Produktion noch nicht angebracht ist, eine Emanzipation von der privatkapitalistischen Produktion. Durch Fortfall der Reklame und vieler Betriebskosten sind diese Artikel in eigener Packung billiger als die entsprechenden Markenartikel, vor allem aber wird auf diese Weise die Kaufkraft konzentriert.

Von anderen genossenschaftlichen Organisationen bezog die Großverkaufsgesellschaft für 3 600 000 Mark, während sie im Vorjahre nur für etwas über 3 Millionen Mark bezog. Unter den hier in Frage kommenden Betrieben steht dem Umsatz nach an erster Stelle die Papierwarenfabrik der Berglagersanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit 678 000 Mark. Von der Nordhäuser Kautabakarbeitergenossenschaft wurden für 229 000 Mark bezogen, verschiedene Molkereien und Käseereien lieferten zusammen für 877 000 Mark. Die Zahl der Gesellschafter der Großverkaufsgesellschaft beträgt jetzt 675. Die Zahl der Vereine, die von der Großverkaufsgesellschaft beziehen, ist natürlich bedeutend größer, es waren 1910 1554 gegenüber 1521 im Jahre 1909.

Die Bankabteilung der Großverkaufsgesellschaft, die ihren Betrieb 1909 begonnen hat, erhöhte ihren Bestand an Girokonten von 189 auf 280. Die Gesamtumsätze im Giroverkehr betragen:

	im Debet:	im Kredit:
1910	62 410 598,42 Mark	63 329 534,39 Mark
1909	35 065 671,68 "	34 953 797,29 "
also 1910 mehr	27 344 926,74 Mark	28 375 737,10 Mark
Erhöhung	77,9 Prozent	81,2 Prozent

Der Gesamtumsatz der Bankabteilung auf allen Konten einer Seite des Hauptbuchs betrug im Jahre 1910 347,5 Millionen Mark gegenüber 243 Millionen Mark im Vorjahre.

Die Großverkaufsgesellschaft ist heute ein außerordentlich kapitalträchtiger Betrieb. Ihr gesamtes Betriebskapital belief sich im vergangenen Jahr auf 3 933 161 Mark. Dazu treten nun jedoch sehr erhebliche Zuzuwendungen aus den Erträgen dieses Jahres, da die Großverkaufsgesellschaft den Grundkapital, in erster Linie ihr Kapital zu stärken und nur geringe Rückvergütungen zu zahlen. Die angeschlossenen Vereine erhalten außer der Verzinsung des Stammkapitals eine Rückvergütung von 2 per Mille, die nicht angeschlossenen Vereine von 1 per Mille. Diese gesamte Rückvergütung beträgt bei einem Gewinne von 1 Million Mark nur rund 167 000 Mark, dafür werden dem Reserve- und andern Fonds 770 198 Mark zugedrieben. Es beläuft sich demnach das Kapital auf 4 703 359 Mark.

Das gesamte Personal zählte am 31. Dezember 1910 1155 Köpfe, davon entfielen auf die Produktbetriebe 757 Personen. Im Vorjahre betrug die Personalauszahl nur 834. Ist die Vermehrung auch zum größten Teil auf die Angliederung der Produktbetriebe zurückzuführen, so hat doch auch in der Zentrale eine Vergrößerung stattgefunden, der naturgemäß auch eine Vergrößerung der Räume entsprechen mußte. Es wurde am Verwaltungsgebäude Hamburg ein großer Anbau vorgenommen. Die Arbeitsverhältnisse des

gesamten Personals sind durch Tarifverträge geregelt, die nicht nur anständige Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzen, sondern auch Ferien vorsehen. — Die Großverkaufsgesellschaft hat also ein Jahr hinter sich, mit dem sie wohl zufrieden sein kann. Hoffentlich findet sie bei den Konsumenten auch weiterhin die genügende Unterstützung, damit sie stets in der Lage ist, die Interessen des organisierten Konsums wahrzunehmen.

Pfingstbetrachtungen eines Arbeitslosen.

Nach historischer Ueberlieferung soll der Geist, welcher den Jüngern des Nazareners mit feurigen Zungen kundgegeben wurde, auf die Menschheit übertragen worden sein. Die erleuchteten Prediger des Heils gingen in alle Welt und verkündigten Hoffnung und Seligkeit. Ob nun die selbige Hoffnung nur für bestimmte Länderstriche oder für gewisse Personenzirkel in Erfüllung zu gehen pflegt, scheint von den Launen der verheißenden Pfingstgeistes abzuhängen.

Nach mehrfachen Beobachtungen muß es mit der verheißenen Segenspende das alltägliche Bewenden haben, ganz wie bei der Urgrüßmutter. Indem ein kleiner Teil der Begünstigten es verstanden, Geist, Macht und Geld an sich zu reißen, ist der größere Teil weber in der Lage, sich mit dem wahren Werte der Pfingstspendung zu befassen, noch viel weniger mit dem ungleichen Verhältnis, das ein kleiner Teil der Kinder des Allotiers mehr als im Weberfluß besitzt, in der schönsten Zeit des Jahres die Vangeweile nicht im trauten Heim, in lauschigen Wäldern und schattigen Gärten verbringen kann, sondern hinausgezungen wird, in verregneten Winkel der Ofiseebäder oder sonstige — unangenehme Plätze, um dort mit feurigen Zungen über die Sorgen des Alltagslebens, — über neue Mordrober — Veredelung von Kalfespeien — Wachsamkeit der Schoßhündchen — Untreue von Hausfreunden — Begehrlichkeit von Untergebenen und vieles andere zu wetzeln.

Hat nun ein kleiner Teil der Gotteskinder die schwersten Sorgen damit, die durch Kuponschneiden — Bohndrüderei und verschiedene andere schwere Arbeiten erbeuteten Geldstücke und blaue Lappen klein zu bringen, ist der weitaus größere Teil (gewiß ungezogen oder ungeratene Kinder) in der angenehmen Lage, sich bei leeren Wagen und Geldbeutel über die Alltagsorgen mit Leichtigkeit hinwegzusetzen, mit dem süßen hoffnungsgefühle: Selig sind die da hungern und dürsten — nach Gerechtigkeit, denn sie werden Kinder Gottes genannt werden. — Gerecht und weise sollen alle Anordnungen des großen Weltgeistes sein, und keines der Menschentinder soll daran denken und zweifeln, auch wenn die Sorgen in erschreckender Gestalt an die Lüre des Menschen kommen, der sich und die ihm von — Gott gesentten Nachkommen, durch ehrsüchtiger Händarbeit ernähren und erhalten will und muß.

Vom Geiste der Zufriedenheit in Banj geschlagen, unterwirft sich so mancher Arbeiter allen Umwidern der Gegenwart, nicht ohne Murren die ihm zustoßenden Schicksalschläge, als aus der Hand des Höchsten erhalten, geduldig und ergeben hin und glaubt vielleicht sogar, daß die immer wiederkehrenden Geschäftskrisen mit den erbärmlichen Arbeitslosenzeiten und der damit verbundenen Unterernährung und Entzehrung, Krankheiten usw. — sogar die hohen Steuerzettel — als Räuterungsmittel für ein besseres Jenseits hinzunehmen sind.

Zum Leidwesen einer kleinen Gruppe von Auserwählten haben sich unter die geduldigen Schafe eine erhebliche Anzahl solcher gemischt, welchen die alte abgestandene Kost nicht mehr mundet und die nach dem Grundbuche „Verschiebe nichts auf bessere Zeit, auf Zeiterwiese folgt Traurigkeit“ ebenfalls als Auserwählte an den Herrlichkeiten der Mutter Erde teilnehmen wollen. Sie wollen als gleichberechtigte Faktoren die ungeheuren Mehrwerte dem zutommen lassen, der sie geschaffen und demnach verdient, an den Nutzen und den Bequemlichkeiten der Kulturerrungenschaften vollwertig Anteil zu nehmen, womit dann allen Nahrungsorgen und allen damit verbundenem Ungemach an der Tür des rechtgeschaffenen Arbeiters Halt geboten wird.

Möge nun der Pfingstgeist die neuen Jünger des wirklichen Heils und die Verehrer desselben mit feurigem Eifer erfüllen, daß sie hinausgehen in alle Welt, um in den schwarzen Wintel und den Herzen der nichtdenkenden Arbeitsmenschen den sonnigen Strahl der Erkenntnis zu senken; damit in nicht allzu langer Zeit die große Masse des darbenenden Volkes die Unbilden des verkommenen Daseins abzustreifen imstande ist und die Schmaroher und Parasiten am Volkstörper dorthin verweist, wo ehrliebe Arbeit zu finden ist. Dann wird die einige große Nation das Erscheinen des Pfingstgeistes erwarten — nicht hinter verschlossenen Türen, hinter hohen Mauern und abgeperrten Räumen — sondern draußen im großen freien Dom der Natur bei Sonne, Luft und Licht.

Positives Christentum.

Der bekannte Forscher Ernst Haackel in Jena ist kürzlich von einem Unfall betroffen worden, der den hochbetagten Mann längere Zeit an das Krankenlager fesseln wird. Ernst Haackel der erst jüngst wieder seine Gegnerschaft zum Sozialismus öffentlich bekundet hat, ist den Frommen im Lande längst ein Dorn im Auge, weil das Ergebnis seiner Forschungen sich mit dem Bibelglauben durchaus nicht in Einklang bringen läßt. Einer dieser Frommen hat es fertig gebracht, dem Professor folgenden Brief zu schreiben:

Berlin, den 22. Mai 1911.

Sehr geehrter Herr Professor!

Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher, so heißt es in einem alten Sprichwort. Endlich, endlich hat der ewige, gerechte Gott, dessen unsagbare Langmut und Geduld Ihnen gegenüber geradezu anbetungswürdig ist, Ihnen sich offenbart!

Es ist Gottes, jawohl des lebendigen Gottes Hand gewesen, die sie jetzt noch in so hohem Alter geschlagen hat! Mit unverhohlener Freude und Beugung haben wir positiven Christen davon gehört, daß Sie nun hoffentlich zu dauerndem Siechtum verurteilt sind. Mögen Sie auf Ihrem Schmerzenslager zu dem Bewußtsein kommen, daß Gott sich nicht spotten läßt, und mögen Sie vielleicht doch noch der Erfahrung teilhaftig werden, daß es besser ist, ein Gottesbekenner als ein Gottesleugner und Abtrünniger der Kirche zu werden. Kurz, nachdem Sie aus der Kirche ausgestoßen sind, hat sie der lebendige Gott von Ihrer Ueberhebung herabgeschickt! Vielleicht hilft Ihnen nun der Gott der Ästeten! Sie selbst sehen allerdings einem Ästeten ähnlicher als einem Menschen.

Mit dem Wunsche, daß Ihnen der lebendige Gott noch viele Zeichen seiner Allmacht in Gestalt von Schmerzen und Siechtum geben möge, daß Sie sich krümmen unter Schmerzen, daß Sie nie wieder ganz geheilt werden mögen.

Im Auftrage vieler positiver Christen, die sich über die gerechte Strafe Gottes freuen

Professor D. v. B.

Natürlich hat der Briefschreiber seinen wirklichen Namen nicht unter seinen Erguß gesetzt. Aber es ist immerhin bezeichnend, welcher Rohheit diese Pächter christlichen Mitgefühls fähig sind, wenn es sich um Andersgeminnte handelt. Es ist Geist aus der Zeit des Scheiterhaufens, der diese frommen Epistel durchweht. Die christliche Milde und das Gebot der Nächstenliebe, die auch dem Feinde gutes tun soll, erfährt in dieser christlichen Gefinnungsroheit eine beschämende Niederlage.

„Christlich“ beherrschte Ortskrankenkasse.

Die allgemeine Ortskrankenkasse in Essen hat bei rund 24 000 Mitgliedern circa 36 000 Mk. persönliche und sachliche Verwaltungsausgaben. Der Rentant der Kasse, in welcher die Freien Gewerkschafter nur ein Vorstandsmitglied haben, während die Christlichen und die von ihnen unterstützten Inorganisierten die Kasse in der Hand haben, wurde vor nicht gar langer Zeit lebensfähig ange stellt. Gelegentlich der Erbauung eines Erholungsheimes durch die Kasse bekam der Herr Rentant einen Orden und den Titel Verwaltungsdirektor. Da ihm aber wahrscheinlich diese ideellen Güter allein nicht genügen, wurde der Herr auch in seinen materiellen Bezügen derart günstig gestellt, wie es bei einer gleichgroßen Kasse, deren Verwaltung in Händen von Sozialdemokraten liegt, nie und nimmermehr möglich wäre. Der Herr bezieht 9000 Mk. Gehalt, hat dazu eine Dienstwohnung, die von seinen Freunden auf 2000 Mk. geschätzt wird und bekommt dazu eine jährliche Gratifikation, die 1910 1200 Mk. betrug. Da diese Gratifikation inzwischen auf 2000 Mk. die ursprünglich gefordert wurden, erhöht worden ist, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis, da der einzige freiorganisierte Vertreter im Rassenvorstand monatelang verhindert war, an den Sitzungen des Vorstandes teilzunehmen. Die Vergütung dieses Herrn ist also eine verhältnismäßig riesige. Das interessanteste aber ist, daß der Herr Verwaltungsdirektor einen ihm sehr befreundeten Kassenrentanten erzählte, in welcher Weise er sichergestellt sei. In dem Fall, daß die Reichsversicherungsordnung eine Revision seines Vertrages durch die Aufsichtsbehörde und damit eine Schmälerung seiner Bezüge mit sich bringe, der Vorstand soll nach dieser Ergänzung in vorläufig gesperrten Sparkassenbüchern die Summe von 52 000 Mk. zur Verfügung gestellt haben und zwar 32 000 Mk. für den Herrn Verwaltungsdirektor, 20 000 Mk. für andere Beamte. Die Verleumder der von Sozialdemokraten geleiteten Kassen schweigen sich natürlich über die Zustände in Essen aus.

Weltanschauung.

ap. Der Sozialismus ist nicht nur eine politische Bewegung zur Einführung einer neuen Produktionsweise. Er faßt die Welt nicht in ihren tiefsten Grundlagen umwälzen, ohne zugleich auch den Geist der Menschen völlig umzuwälzen. Er greift daher in alle Wissensgebiete ein, er tritt mit allen Wissenschaften in Verbindung. Er führt zu einer, aller früheren entgegengesetzten Auffassung der Welt, er nimmt zu allen wichtigen Lebensfragen, die bisher das Objekt der Religion und Philosophie bildeten, in neuer Weise Stellung. Daber bildet er eine ganz neue Weltanschauung.

Von dem Augenblick an, daß die Menschen sich selbst als denkende Wesen bewußt wurden, suchten sie ihre Welt zu verstehen. Sie fanden sich ohne ihr eigenes Zutun in diese Welt verlegt, ohne daß sie wußten weshalb und woher. Was war diese Welt, woher kam sie? Woher kamen sie selbst, und wozu waren sie da? Sie empfanden Schmerz und Freude, Glück und Unglück, und als bewußte Wesen grübelten sie darüber nach, weshalb das alles da war. Woher dieser Wechsel des Lebens, den man das Schicksal nannte; woher und wozu der Kampf und die wüthenende Feindschaft, womit die Menschen einander ins Verderben stürzten? Und dann kam der Tod; war er das Ende alles Daseins? Alle diese Fragen mußten bei den Menschen

aufkommen, sobald sie ihre Welt denken zu erfassen suchten. Die Philosophen grübelten darüber und erfanden Systeme; während sie die Antwort verstandesmäßig zu ergründen suchten, drückte sich in der Religion die Auffassungsweise der Massen in gläubig-dogmatischer Form aus.

Ein Teil dieser Fragen, diejenigen, die sich auf die Naturerscheinungen bezogen, schieden allmählich aus, weil die wissenschaftliche Forschung den Weg zeigte, sie zweifellos zu lösen. Aber die Probleme des Menschenlebens blieben. Diese sind aber für den Menschen die allerwichtigsten; sie berühren ihn am unmittelbarsten; die umgebende Welt ist für die Menschen in erster Linie die Menschenwelt, die menschliche Gesellschaft. Und da der Grundcharakter der Gesellschaft, trotz des Wechsels der äußeren Formen, durch alle Jahrhunderte derselbe war, Klassenherrschaft und Not, Ausbeutung und Kampf ums Dasein, mußte auch die Weltanschauung, trotz wechselnder Formen, in großen Zügen dabei die gleiche bleiben. Wir kennen sie als die bürgerliche Weltanschauung, die der Denkweise der bürgerlichen Klassen entspricht, offiziell als die einzig natürliche und selbstverständliche Anschauungsweise gilt und uns allen von Jugend an eingepreßt wurde. Nach dieser Anschauung waltet eine höhere Macht über den Menschen, die selbst nicht Meister über ihr Schicksal sind. In den Menschen leben erhabene sittliche Triebe und zugleich gewaltige Leidenschaften, vor allem der Ehrtrieb der Selbsterhaltung, und aus ihrer Kollision zwischen Glück und Unglück, Elend und Not, Verbrechen und Feindschaft empor. Da sie in der menschlichen Natur wurzeln, sind ihre Wirkungen natürlich auch unausrottbar. Die Welt ist böse; jeder kann versuchen, sich durch Anstrengung aller Kräfte möglichst viel Glück zu erobern. Aber eine bessere Welt muß hier auf Erden ein Traum bleiben. Und was der Sinn des Lebens ist, wozu das Menschenleben mit all seinem Leid dient, bleibt eine ungelöste Frage, über die die Philosophen sich vergebens das Gehirn zermartern.

Während diese aber in den Wolkenregionen grübelten, lebte und litt in der Tiefe die arbeitende Masse. Der Kapitalismus hatte den Druck auf die Massen immer schwerer gemacht, und in dumpfem Groll lehnten sie sich gegen die Ausbeutung auf. Ein neuer Ton klang aus diesen Tiefen empor, der Ton der scharfen Kritik an der materiellen Grundlage der Gesellschaft; und diese Kritik wuchs zu der Forderung, zu dem Ideal einer neuen Gesellschaftsordnung ohne Ausbeutung empor. Mühte schon der Gedanke an die bloße Möglichkeit einer Gesellschaftsform, die weder Armut und Not, noch Krieg und Wettbewerb, sondern nur brüderliches Zusammenarbeiten kennt, eine völlig andere Auffassung der Welt mit sich bringen, so konnte diese neue Weltanschauung doch erst durch die sozialistische Wissenschaft eine feste Grundlage bekommen. Der wissenschaftliche Sozialismus legte mit unanschätbarer Sicherheit dar, daß die aufblühende Hoffnung der Ausbeuteten keine Selbsttäuschung war, daß ihre Rechtenschaft nicht immer und in derselben Form bestanden hatte und nur ein vorübergehendes Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung war. Die Sicherheit der neuen Produktionsweise und die wissenschaftliche Erklärung der alten Gesellschaftsform sind nur zwei Seiten desselben theoretischen Sozialismus, der eine völlige Umwälzung der Weltanschauung bedeutet. Wenn auch die neue Welt noch nicht verwirklicht ist, so muß doch schon die Einsicht, daß sie kommen wird, daß die alte Welt untergeht und mit ihr all ihr Elend, eine ganz andere Stellung zu allen großen Lebensfragen mit sich bringen.

Der Sozialismus ist die neue Weltanschauung des Proletariats; er ist die Philosophie der Arbeit. Nur die Arbeiterklasse, deren ganzes Leben Arbeit ist, ist imstande, die Arbeit und in ihr den Sinn des Lebens zu verstehen. Denn Arbeit ist der Sinn, die Wurzel, der tiefste Kern des Menschenlebens. Daher waren die Ideologen und Philosophen der Bourgeoisie nie imstande, das Leben zu begreifen, weil sie fern von der Arbeit lebten und in Wolkenregionen diese materielle Grundlage der Welt nicht erkannten. Die Arbeit bildet das Band zwischen Mensch und Natur; die stetige Vervollkommnung der Technik, die Entwicklung der Arbeitsinstrumente, der Ausdruck der wachsenden Herrschaft über die Natur, ist die Basis aller gesellschaftlichen Entwicklung. So lange die Arbeit noch nicht genügend entwickelt war, war Ueberfluß nur für Wenige möglich; für die Masse war Armut, Dürftigkeit und Barbarei unvermeidlich, und der Kampf ums Leben mußte die Form eines Kampfes der Menschen gegeneinander, die Form von Krieg, Raub und Ausbeutung annehmen. Doch das ist nur ein vorübergehender Zustand, wird einmal Technik und Wissen hoch genug gestiegen, dann wird der Mensch aus einem schwachen Sklaven zum Meister der Natur, zum Gebieter der Welt, der die Quellen seines Lebens vollkommen in seiner Gewalt hat. Dann wird für ihn die Freiheit im menschlichen Sinne des Wortes zur Wirklichkeit, als bewußte Meisterhaft über die Natur vermittelt der Arbeit.

Die Arbeit bildet auch das Band zwischen den Menschen selbst; die Formen der Arbeit bestimmen die Form der Gesellschaft, das Verhältnis, worin die Menschen zu einander und zu der Gesellschaft stehen. Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß steht, solange es nicht wissenschaftlich erkannt ist, mächtig über dem Willen und Streben jedes Einzelmenschen, der mit seiner Arbeit nur ein kleines Nädchen in dieser großen Maschinerie ist, ihren Geseßen machtlos gegenübersteht und je nachdem von ihr emporgeschoben oder zerstückelt wird. Das Band der Arbeit ist hier eine Fessel, eine Abhängigkeit der Menschen von einander, die sich in wüthenen Kämpfen zwischen Ausbeutern und Ausbeuteten um den Ertrag der Arbeit und den Besitz der Produktionsmittel äußert. Mit dem Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, mit der Durchführuna des Sozialis-

rung in der Reichsversicherungsordnung. Neben dem Reichszuschusse von 50 Mk. zur Witwenrente, 25 Mk. zur Waisenrente und 16 2/3 Mk. zur Waisenaussteuer, soll den Witwen und Waisen für den Verlust der Beitragsersatzung und der Erhöhung der Wochenbeiträge von 2, 4, 8, 10 und 12 Pf. nach § 1277 von der Versicherungsanstalt den Witwen ein Zuschuß von drei Sekteln, den Waisen — wenn ein Kind vorhanden ist — von drei Zwanzigstel des Grundbetrages und für jedes weitere Kind ein Vierzigstel des Grundbetrages und der Zeigerungsätze der Invalidenrente, die der Ernährer zurzeit seines Todes bezog oder bei seiner Invalidität bezogen hätte, gezahlt werden. Nun zeigt aber das Einführungsgegesetz, daß diese Bestimmungen nichts anderes als eine Vorpiegelung falscher Tatsachen bedeutet. Man hatte ausgerechnet, daß schon 1912 Witwenrenten von 119,30 Mk. möglich wären. Nun heißt aber Artikel 59 des Einführungsgegesetzes: „Für die Hinterbliebenenrente, das Witwengeld und die Waisenaussteuer sind nur die Beiträge anzurechnen, die für die Zeit nach dem 1. Januar 1912 geleistet worden sind.“ Die Witwenrente beträgt daher nicht, wie man berechnet hatte, 119,30 Mk., sondern nur 50 Mk. ! Die Witwe verliert also den Anspruch auf Beitragsersatzung im Betrage von 100 Mk. und erhält dafür gar nichts; die Versicherungsanstalt, die den Betrag für Beitragsersatzung behält, braucht keinen Pfennig Zuschuß zur Witwen- und Waisenrente zu zahlen. Es wird Witwen geben, die 1912 durch die Witwen und Waiserversorgung 190 Mk. an Beitragsersatzung verlieren. Dieser Verlust tritt ein, wenn der verstorbene Mann vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember Beiträge zur Lohnklasse 4 und seitdem Beiträge zur Lohnklasse 5 gezahlt hat. Dieser Raubzug auf die Taschen der Witwen und Waisen ist das Stützstück der Sozialreform des Herrn v. Bethmann-Hollweg unter hervorragender Mitwirkung des Zentrums!

— Der Junter Graf Westarp hat durch seine bekannte nichtsahnig Scharfmacherrede im Reichstag auch den Protest der Kassanangestellten Groß-Berlins provoziert. In einer Versammlung derselben wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Reichstagsabgeordnete Graf v. Westarp hat in einer Sitzung des Reichstages behauptet, daß die mit dem Verbanne der Krankenkassen abgeschlossene Tarifgemeinschaft den Zweck gehabt habe, unfähige Beamte in die Kassen hineinzubringen. Graf v. Westarp hat ferner behauptet, daß die Verbände durch die Tarifgemeinschaft dokumentiert haben und dokumentieren wollten, daß ihnen Gesetz und Recht egal ist, wo es sich um Parteinteressen handelt, daß sie in zynischer und frivolster Weise jedem Begriff von Anstand im öffentlichen Leben, allen Begriffen von Recht, Gesetz, Anstand und guter Sitte mutwillig ins Gesicht geschlagen haben. Auch den Vorwurf der Parteilichkeit hat Graf v. Westarp gegen die Kassanangestellten erhoben. Für alle diese schweren, ehrverletzenden, infamen Beschuldigungen hat dieser Reichstagsabgeordnete auch nicht den Schatten eines Beweises erbracht und es ausdrücklich abgelehnt, einen Beweis beizubringen. Diese unter dem Schutze der Immunität erhobenen und deshalb nicht faßbaren Anschuldigungen kennzeichnen sich damit von selbst als beweislose Verdächtigungen, diktieren von Mißgunst und Parteilichkeit. Die Versammelten erheben allerstärksten Protest gegen diese Verdächtigungen und sprechen dem Grafen v. Westarp die Fähigkeit ab, das berechtigte Bestreben der Kassanangestellten nach Verbesserung ihrer bescheidenen Lebenslage objektiv zu beurteilen.“

— Die Oligarchen in Elßaß-Lothringen sind mit der neuen Ordnung der Dinge, die ihrer Katastrophenwirtschaft ein Ende bereitet, sehr unzufrieden und sie suchen nun nach Mitteln und Wegen, um von ihrer alten Herrlichkeit noch so viel als möglich zu retten. Auf einem Bankett bei reichbestellter Tafel haben sie einen Aufruf an „ihre Volk“ ausgeheckt, in dem sie erklären, sich in Zukunft im Reichstage keiner anderen (bürgerlichen) Partei mehr anzuschließen, sondern wiederum wie früher eine besondere Protestiererguppe zu bilden, eine „elßaß-lothringische Nationalpartei“, in der alle wahren Elßaß-Lothringer zu einer tatsächlichen Aktion im Reichstag und Landtag sich vereinigen können. Unsere Genossen werden bei den nächsten Reichstagswahlen durch die Eroberung recht vieler Mandate in den Reichsländern dafür sorgen, daß die Protestiererguppe auf ein recht kleines und unbedeutendes Häuflein beschränkt bleibt.

— Die preußischen Junker haben sich über die Einführung des Reichstagswahlrechts in den Reichsländern noch nicht beruhigen können, sie fürchteten offenbar doch die Legit der Weltgeschichte und den alten Erfahrungssatz, daß die Macht der Verhältnisse stärker ist als der Wille der Menschen und sie sehen daher ihr Dreiklassenwahlrecht auf höchste gefahrdet. Die Junkterpresse ist nach wie vor sehr unzufrieden mit Bethmann-Hollweg und der gesamten preußischen Regierung und wehrt sich jetzt schon gegen die Reform des preußischen Wahlrechts, obwohl noch keine Vorlage in Aussicht steht und nur eine sehr unsichere Meldung darüber verlautete. In der „Post“ schreibt ein frau- und schloßjunkterlicher Scharfmacher dazu: „Wie sehr aber auch der Regierung durch die Vorgänge bei der Behandlung über die elßaß-lothringische Verfassungsreform die Verteidigung des Standpunktes der Thronrede von 1908 erschwert sein mag, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß, wenn immer die Reform des preußischen Wahlrechts durch das Ministerium Bethmann wieder in Angriff genommen wird, die Regierungsvorlage unverändert auf der Grundlage der Abstufung des Wahlrechts nach dem bisherigen Gewichte der Wahlstimmen aufgebaut sein wird. Darüber kann nach der ganzen Persönlichkeit des Ministerpräsidenten gar kein Zweifel obwalten.“ Also Beibehaltung des perfiden Dreiklassenwahlrechts oder Einführung eines ebenso perfiden Pluralwahlrechts, um das Unrecht an den Massen des Volkes für alle Zeiten zu sichern. Aber es wird und muß auch da alles anders kommen.

— Einige zeitgemäße Beschlüsse sagte auf bezügliche sozialdemokratische Anträge hin der württembergische Landtag. Es wurde beschlossen, den Arbeitern aus

Staatsmitteln Beiträge zum Besuche der Hygieneausstellung in Dresden zu bewilligen. ferner die Arbeitersekretariate finanziell zu unterstützen und der Regierung den Auftrag zu erteilen, mit den größeren Industrie- und Gewerbevereinen des Landes behufs Einführung der Arbeitslosenversicherung in Verbindung zu treten. Dagegen gab Minister v. Bischof auf den sozialdemokratischen Antrag, auch den Konsumvereinen eine ihrer wirtschaftlichen Bedeutung angemessene Vertretung in den Handelskammern zu garantieren, eine ausweichende Antwort. Mit der „Gleichberechtigung“ der Arbeiter will es also auch in Süddeutschland nicht klappen.

— In diesem Sinne unsern Glückwunsch... In der „Kreuzzeitung“ gratulieren auch die Konservativen den Reichszuschlag zu den „huldvollen“ kaiserlichen Gnadenbeweisen — aber nur mit gewissen Einschränkungen: er darf nicht daran denken, am preußischen Wahlrecht zu rütteln. In einem Rückblick auf die innere Politik der letzten Woche wird über die reichsständische Verfassungsreform ausgeführt:

„In der gesamten Sozialistenpresse wird aber außerdem die Eroberung des noch dazu „verbesserten“ Reichstagswahlrechts für Elßaß-Lothringen wegen seiner „Konsequenzen für Preußen“ als ungemein wichtig erachtet. Und die Fortschrittsblätter setzen darüber auch bei diesen Aspirationen der Sozialdemokratie. Aber darauf können die „Genossen“ und ihre Schrittmacher noch lange warten, ehe mittels des allgemeinen Wahlrechts die preussische Monarchie ihnen ausgeliefert wird. . . . Es soll den Sozialrevolutionären recht teuer werden, aus ihrem Siege in der reichsständischen Wahlrechtsfrage die ihnen genehmen „Konsequenzen für Preußen“ zu ziehen. Für jeden preussischen Staatsmann können die Konsequenzen nur die sein, daß je demokratischer das Wahlrecht in einzelnen „fortgeschrittenen“ Bundesstaaten gestaltet wird, desto entschiedener und fester das differenzierte und wohlbehütete Wahlrecht in Preußen gesichert werden muß. So hat denn auch der Reichszuschlag jeden Gedanken an eine Übertragung des neuen reichsständischen Wahlrechts auf Preußen mit Entschiedenheit abgelehnt. Und von diesem Gesichtspunkt aus können wir auch Herrn von Bethmann-Hollweg unseren aufrichtigen Glückwunsch zu dem huldvollen Gnadenbeweise darbringen, der ihm vom Kaiser anlässlich der großen gesetzgeberischen Erfolge geworden ist.“

— Mecklenburgische Leibeigenschaft. Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich weist im § 361, Ziffer 7 eine Bestimmung auf, wonach mit Haft derjenige bestraft wird, „der aus öffentlichen Armenmitteln eine Unterstützung empfängt und sich aus Arbeitsfurch weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten.“ Diese Bestimmung wird gegenüber Landarbeitern in der Weise angewandt, daß die Herren Outsoorster, die zugleich Träger der Armentaxi sind, die Gutsarmen beim Empfang auch der allerbesten Unterstützung zwingen, um niederen Lohn Arbeit auf dem Gut zu verrichten.

Kürzlich berichtete die Parteipresse, daß die Frau eines Invalidenrentners aus Gut Stralenendorf in Mecklenburg vom Schöffengericht eine Haftstrafe von 5 Tagen erhielt, die auf ihre Berufung von der Strafkammer bestätigt wurde, weil sie die schlecht bezahlte Arbeit auf dem Gutshofe mit der besser bezahlten bei den umliegenden Erbpächtern im Interesse der Erhaltung der Familie vertauscht hatte. Weil in diesem Falle das Gericht keinen Anhalt fand, „Arbeitsfurch“ bei dieser Frau anzunehmen, wurde eine mecklenburgische Landesverordnung vom 29. Juni 1869 angezogen, hiernach sind alle Ortsarmen „fürderkampt“ dem Amt zur Bestrafung anzuzeigen, die sich der Weisungen und Bestimmungen des Ortsvorstandes, namentlich der Anstellung zur Arbeit, nicht fügen.

Das Gericht entschied, daß diese Verordnung neben dem Strafgesetzbuch weiterbestehe. Es entschied weiter, daß die Frau gleichwohl als „Ortsarme“ zu betrachten sei, obgleich nicht sie, sondern der Ehemann eine Unterstützung erhalten hatte.

Als nun die arme Frau sah, daß Gesetz und Gerichte ihr die Erhaltung ihrer Familie, Mann und fünf Kinder, fast unmöglich machen, beschloß sie, den Ort zu verlassen, wo man sie gegen eine Bittelunterstützung an ihren invaliden Ehemann zur Leibeigenschaft zwang. Sie nahm die beiden ältesten Kinder und machte sich auf den Weg nach der Stadt Schwerin, um die Kinder bei Bekannten unterzubringen und lohnende Arbeit zu suchen. Der Mann wollte mit den anderen Kindern später nachkommen. Man hatte aber im Gutshof Wind davon bekommen, daß eine „Leibeigene“ das Verbrechen begehen wollte, zu fliehen und schickte den Gendarmen hinter der fliehenden Mutter her. Die Frau wurde ergriffen und ins Landarbeitshaus gebracht. Die Kinder kamen irgend wohin, wo sie um ihren Unterhalt arbeiten mußten. Der trankte Mann sah zu Hause und wußte lange nicht wohin man seine Frau und Kinder geschickt hatte, bis es seiner Organisation gelang, die Frau aus dem Landarbeitshaus zu befreien und die Kinder beizulassen. Ob der Frau eine Entschädigung für die erlittene Inhaftierung oder für den Entgang an Arbeitsverdienst zugesprochen werden wird, ist bei dem Stand der mecklenburgischen Rechtsprechung sehr zweifelhaft.

— Die Entschädigung der Opfer des Essener Meineidsprozesses ist nun geregelt. Genosse Ludwig Schreiber ist für die unschuldig verübte Unterdrückungshaft und für die vom 3. Oktober 1895 bis zum 3. April 1898 unschuldig erlittene Zuchthausstrafe aus Anlaß des Essener Meineidsprozesses vom Justizministerium eine „Entschädigung“ von 6250 Mark zugesprochen worden. Der Bergmann Friedrich Eitel, der 6 Monate Gefängnis unschuldig verübte, erhielt 1000 Mark zugesprochen; er hatte 2000 Mark beansprucht. Die Entschädigungen für die

übrigen Opfer des Justizmordes sind noch nicht geregelt. Die Ansprüche des dauerndem Siechtums verfallenen Bureaubeamten Johann Meyer stellen sich auf 50 000 Mark. Selbstverständlich bedarf es keines Hinweises, daß die Qualen der Zuchthausmarter durch keinerlei „Entschädigungen“ abgewogen werden können. — Die ersten Entschädigungsumsätze sind viel zu gering und sollten das doppelte betragen. Leider steht es mit der Gesundheit des Genossen Schröder sehr schlecht; er ist auf der jüngst in Bochum abgehaltenen Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes wiederholt von Ohnmachtsanfällen heimgesucht worden, so daß er den Vorjig niederlegen mußte und die Generalversammlung beschloß nach ihm, der bis jetzt 2. Verbandsvorsitzender war, mit vollem Gehalt zu pensionieren. Wir wünschen dem Genossen Schröder die baldige Wiederherstellung seiner Gesundheit!

— Das Opfer der Moabiter Polizeifurch lagen. Der Schlosser Paul Bock, der im Moabiter Prozeß mit 3 1/2 Jahren Gefängnis die schwerste Strafe erhielt, weil er einen Polizisten gestochen hatte und zwar in der Notwehr, hat sich nun in seiner Zelle erhängt. Die polizeilichen Würder des Arbeiters Hermann laufen aber noch immer frei herum als uniformierte Ehrenmänner und „Schusleute“.

— Recht gut erging es kürzlich auch dem Streikbrecherhäuptling Hinge vor dem Kriegsgericht in Rastenburg, da er gegenwärtig beim Militär ist. Im Mai 1910 war er in Leipzig mit seiner Kolonne eingedrückt, um den Kofferfabrikanten, deren Sattler streikten, Hülfe zu leisten. Als ein Streikposten der Kolonne zurief: „Hier wird gestreikt“, sprang Hinge vom Wagen und krüllte den Posten an: „Dalt's Maul, du Uffel!“ Ein Kriminalbeamter hatte zunächst „keine Zeit“, den Namen des Beleidigers festzustellen, versprach dann aber, ihn dem Streikposten schriftlich mitzuteilen. Einen Tag später, als einige Hingeb Brüder wieder abreisten, schrie Hinge auf dem Berliner Bahnhof einen Ausständigen, der vorher in Wohlts Streikposten gestanden, jetzt aber seine Frau zur Bahn begleitet hatte, an: „Vergißt du mich immer noch, du Lump! Gaba-bund, Haberlump verfluchter, ich bog dir eine rin!“ Als der Sattler sich nach einem Schutsmann umschau, verduftete Hinge schleunigt in einer Drohsafe. Für diese schweren Beleidigungen erhielt Hinge 8 Mk. „Geldstrafe“, ein Urteil, das die Ehre ehrlicher streikender Arbeiter geradezu für vogelfrei erklärt. Wie viel Monate Gefängnis würden umgekehrt die Streitenden erhalten haben, wenn sie in solcher Weise den Hinge beschimpft hätten?

Bekanntmachungen des Zentrivorstandes.

Inserne Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß mit dieser Woche (18. Juni) der 25. Wochenbeitrag zu bezahlen ist.

Eine Anzahl Ortskassierer senden die an die Hauptkasse abzuschickenden Gelder in letzter Zeit immer erst am Quartalschluß ein. Das ist nicht richtig. Wenn am Orte Gelder vorhanden sind, die nicht zur Auszahlung von Unterstützung benötigt werden, so sind dieselben umgehend an die Hauptkasse einzuführen. Wir fordern die Ortsverwaltungsmitglieder, besonders die Revisoren auf, bei stattfindenden Revisionen auf Vorstehendes stets ihr besonderes Augenmerk zu richten.

Auf Antrag der betreffenden Zahlstellen wurden nachfolgend verzeichnete Personen wegen Verstoß gegen die Interessen der Organisation auf Grund des § 8 uneres Statuts ausgeschlossen:

- Zgehoe, Heinrich Kay, B.-B. 21310, eingetreten am 3. Mai 1903 zu Zgehoe. (Abf. d.)
- Berlin. Zvider Franz Goldian, (Karte), Pallisabenstraße 9. Zvider Bernhard Simmiewski, (Karte), Mantelstraße 51. Stanger Fritz Streit, (Karte), Emdenerstraße 5. Stanger Adolf Swinta, (Karte), Doppel-Wille 50. Zuchneider Hermann Wendler, (Karte), Götterstraße 58. Zuchneider Albert Rubin, (Karte), Rindorf, Friedrichstr. 34, sämtliche eingetreten in Berlin. (Abf. d.)

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher und -Karten wurden als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- Josephine Bräufle, Kt., eingetreten am 10. Juni 1910 in Cannstatt II.
- Marz Göpfert, Kt., eingetreten am 1. Mai 1910 in Eppendorf.
- K. Greichhan, B.-Nr. 34817, eingetreten am 19. Febr. 1905 in Hannover.
- Karl Graupner, B.-Nr. 39527, eingetreten am 5. Nov. 1909 in Fallenstein.
- Willy Serpe, B.-Nr. 32099, eingetreten am 19. Sept. 1908 in Erfurt.
- Wabette Schwarz, Kt., eingetreten am 7. Jan. 1911 in Nürnberg.

Nürnberg, 10. Juni 1911. Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen.

Nachen. Den Kollegen zur Kenntnis, daß am 25. Juni sämtliche Mitgliedsbücher und Karten zur Kontrolle eingezogen werden, und sind bis dahin die residerenden Beiträge zu begleichen. Ferner ersuchen wir die Kollegen

die Mitgliederversammlungen besser wie bisher zu be-
suchen.

Eppendorf. Den Kollegen zur Kenntnis, daß der erste
Bevollmächtigte jetzt Großwallterdorferstraße 206 E,
parterre wohnt.

Groitzsch. Das Mitglied Einus Müller, Schloßarbeiter,
zuletzt in Rahnsdorf in Arbeit, geb. 17. Dezember 1892
zu Lehma, S.-Altenburg, eingetreten in Groitzsch am
1. Dezember 1910, wird hierdurch aufgefordert, seinen
Verpflichtungen der Zahlstelle Groitzsch gegenüber nach-
zukommen.

Herzogenaurach. Den Kollegen zur Kenntnis, daß der
Kassierer Kühmann Heinrich jetzt Stoppengasse 420 wohnt.
Alle Unterstufungen zählt derselbe mittags von 12 bis
1 Uhr aus. Auch sind die Mitgliedsbücher in Ordnung
zu bringen, da dieselben zwecks Kontrolle eingezogen
werden.

W. Bau. Auf Grund des Beschlusses der letzten Gau-
konferenz in Freiberg 1910 betreffend Einführung von
Extrarbeitstragen in den sächsischen Zahlstellen, findet am
Sonntag, den 18. Juni, nachmittags 1/2 Uhr in der
„Tonhalle“ eine außerordentliche Generalversammlung
statt. Die Extrarbeitstrage, gewöhnlich 5 Pfg. die Woche,
bleibt am Orte und kommen, zinstragend angelegt, den
Kollegen wieder zugute. Ein starker Lokalfonds dürfte
unsere Position nur stärken und unsere Bewegung fördern.
Ein sequell, wissenschaftlicher Vortrag, sowie der aus-
sagefähige Bericht der letzten Bewegung versprechen einen
interessanten Verlauf. Um 4 Uhr schließt sich der Ver-
sammlung ein Spaziergang der Kollegen nebst Angehörigen
nach der „Berenweinschenke“ an. Möge ein jeder
Kollege bzw. Kollegin erscheinen. Die Monatsversamm-
lung fällt aus.

Dirmasens. Die Verbandsbureaus befinden sich nun „Ge-
sellschaftshaus“, Kreuzgasse 6. Dasselbst befindet sich auch
das Bureau der Gauverwaltung (Zimmer Nr. 1). Die
Bureaus sind geöffnet: Für die Ortsverwaltung
(Zimmer Nr. 2) vorm. von 10—1 und nachm. von 4—7
Uhr. Für die Kaffe (Zimmer Nr. 3) vorm. von 11—1
und nachm. von 5—7 1/2 Uhr; Sonnabends vorm. von
8—1 und nachm. von 4—7 Uhr. Sonntags geschlossen.
Für die Bibliothek (Zimmer Nr. 3) Dienstags und
Donnerstags nachm. von 6 1/2—7 1/2 Uhr, Sonntags vorm.
von 11—12 Uhr.

Rosenheim. Als 1. Bevollmächtigter wurde Martin Barl
und als Kassierer Hans Witsmeier, Herzog Ottostr. 7 1 L,
gewählt; letzterer zählt die Reiseunterstützung mittags von
12—1, abends von 7—8 Uhr aus.

Roßwein. Otto Andra, 2. Bev., Georgstraße 13; derselbe
zählt die Reiseunterstützung mittags von 12—1 Uhr und
abends von 6—8 Uhr aus.

Stolpe. Otto Wenzlaff, 1. Bev., Gr. Auerstr. 38, Hof;
Fritz Eid, 2. Bev., Fabrikstr. 4, Hof; Otto Krause, 3. Bev.,
Paul Dorf und Hermann Wiffinger, Revisoren. Die

Unterstützungen zählt der 2. Bevollmächtigte im Vereins-
lokal, Mittelstraße 22 bei Puttkammer aus; dasselbst be-
findet sich auch die Herberge.

Berichtigung.

In ihrer Nummer 24 vom 11. d. Mts. bringen Sie
unter der Rubrik „Aus unserem Verufe“ einen Artikel über
die Streitversicherung, in welchem Sie bemerken, „ich hätte
die Wünsche der Schuhfabrikanten des Raingaus bei der
am 18. Mai in Dresden stattgehabten Generalversammlung
der Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur
Entscheidung der Arbeitsbedingungen vorgebracht und damit
bei den verbündeten Arbeiter-Bändigern Anhang ge-
funden“.

Demgegenüber gestatte ich mir zu bemerken, daß ich
weder fragl. Versammlung, noch bis jetzt überhaupt einer
Versammlung dieser Streitentscheidungs-Gesellschaft bei-
gewohnt habe und meine Wahl als Mitglied des Aus-
schusses ohne jegliches Zutun meinerseits, jedensfalls
in meiner Eigenschaft als derzeitiger Vorsitzender der „Ver-
einigen Schuhindustriellen des Raingaus“ erfolgt ist. Ihre
diesbezügliche Mitteilung geht also von falschen Voraus-
setzungen aus und muß ich es Ihnen überlassen, ob Sie in
der nächsten Nummer Ihrer Zeitung fragl. Notiz richtig-
stellen wollen.

Sochachtungsvoll
Eugen Wallerstein.

Literarisches.

„Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, Monatschrift
des Verbandes Deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.
(Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift
Nr. 9 des 18. Jahrgangs enthält: Weißgerberpflichten. Von
Magistrats-Syndikus Dr. Hiller. — Verbandstag der
Kaufleute-Weißger. Von Magistrat Dr. Landsberger. —
Rechtssprechung: Deutsche Gewerbe- und Berufungsgerichte
(GG. und LG. Stettin, Hamburg-Berlin, Kreisgewerbe-
gericht Moers, Breslau, München). — Deutsche Kaufmanns-
und Berufungsgerichte (LG. Nürnberg, Danzig, Eriev). —
Reichsgericht. (1. Zivilsenat). — Verfassung und Verfahren:
Zurückweisung von Bierfahrern bei den Wahlen zum
Kaufmannsgericht. — Neue obligatorische Gewerbe- und
Kaufmannsgerichte. — Recht des Arbeitsvertrages: Reform-
vorschläge des Vereins deutscher Kaufleute zum Handels-
gesetzbuch.

Versammlungs-Kalender.

Mitgliederversammlungen.

Nach en am Sonntag, den 18. Juni, vorm. 10 1/2 Uhr im
Lokal zum „Reichsadler“, Albalberstr. 92.
Bremen am Montag, den 19. Juni, abends 9 Uhr im
Gewerkschaftshaus, Faulenstr. 58/60.

Coburg am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr in
der „Dimmelsteier“, Leopoldstr.

Deffau am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr in
Lokal „Eivoll“.

Döbeln am Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal.

Dortmund am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Lokal Fritz Fohrmann, 1. Kampstr. 39.

Duisburg am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
„im Gambrius“, Friedrich Wilhelmplatz.

Elberfeld-Barmen am Montag, den 19. Juni, abend
9 Uhr in Elberfeld im „Volkshaus“, Bombäcker-
straße 6.

Fürth am Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr in
Lokal des Herrn Zick, Wassergasse.

Göttingen am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus „Kaiserhalle“, Wilhelm-
platz 3.

Guben am Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr in
„Fürst Bücher“.

Hagen am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr in
„Schürhoff“, Hoch- und Goldbergstr.-Ecke.

Hamburg am Montag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57—58
oberer Saal.

Hamm i. W. am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im „Balkhof zum Salamander“, Ritterstr. 7.

Hechingen am Sonnabend, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Lokal zum „Anter“.

Lößnitz am Freitag, den 23. Juni, abends 1/2 9 Uhr
Epperleins Restaurant. (Vortrag.)

Mülheim a. Rh. am Montag, den 19. Juni, abends 9 Uhr
im „Magdeburger Hof“, Freiheitstr. 125.

Nordhausen am Dienstag, den 20. Juni, abends 8 Uhr
im Vereinslokal.

Regensburg am Montag, den 19. Juni, abends 8 Uhr
im „Thomaskeller“, am Adming.

Rheydt am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Vereinslokal bei W. Heinen, Karlsruferstr.

Schneverdingen am Mittwoch, den 21. Juni, abend
8 Uhr bei Heinrich Koops, Friedenstr.

Spremberg am Montag, den 18. Juni, abends 8 Uhr
im Lokal Wilhelm Stompler, Dresdenerstr.

Strasburg i. E. am Montag, den 19. Juni, abend
8 1/2 Uhr im Lokal „zum Nieberstein“, Krutenau-
straße 42.

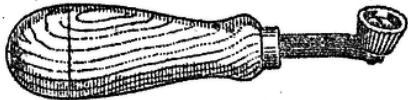
Wiesbaden am Montag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Wellstr. 41.

Redaktionschluss: Dienstag nachmittags
kurze Notizen und Depeschen bis Dienstag nachmittags
in unseren Händen sein. Die Redaktion.

Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitmangel leidet,

dem seien nachstehende Mitteilungen zur Beachtung empfohlen:

„Durch die herrlichen Erfolge an meiner bleichlichen Tochter und an einer tränklichen schwachen
Kollegin bin ich ein warmer Werber für Ihren Ramscheider Stahlbrunnen geworden.“ — „Ich bin 1 1/2
Jahre sehr krank gewesen. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhl-
verstopfung, Kopfschmerzen, große Nervenschwäche, große Blutarmut und Geschwülste in den Gelenken;
ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell kam meine
Gesundheit wieder.“ — „Ich hatte fürchterliches Reissen in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte
und große nervöse Magen- und Darmbeschwerden. Mißstimmung und Verdrießlichkeit brachten mich so
weit, daß ich die Lust am Leben verlor. Nach Verbrauch dieses köstlichen Ramscheider Stahlbrunnen
ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gehe gestärkt, mache
leichte Gartenarbeit und schlafe ausgezeichnet. Bitte nehmen Sie Notiz in unbefränktem Maße zum
Wohle der leidenden Menschheit.“ — Ausführliche Mitteilungen über Kurverfolge, Anwendungsgebiet und
Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf O 67.



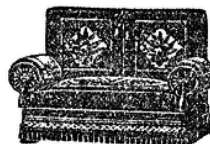
Sämtliche

!Schuhmacher-Werkzeuge!

(In anerkannt nur bester Qualität)

liefert prompt und reell, direkt an Schuhmacher
A. Staudenmaier, Werkzeugmacher, Vaihingen b. Stuttgart.

Verlangen Sie „Illustrierte Preisliste“ gratis u. franko.



Plüschsofas

55 Mark
koffert dieses Plüschsofa in bester
Ausführung.
Zusendung erfolgt franco.

Fr. Dönnecke, Tapezierer, Mühlhausen i. Ch.

Sofas von 33 Mark an.

Prima starke Croupous, Marke S, pro Pfund Mk. 2,10.
Seppelin Wache- und Sohlleder Croupous, sehr passend
für Besohlerer und Flickerei, I Mk. 1,85, II 1,60, III 1,40,
IV 1,25, V 1,05, VI 85 Pfg. pro Pfund, Gewicht 5 bis
11 Pfund pro Stück. Unter Nachnahme mit 4 Prozent
Rabatt.

Verlangen Sie ausführliche Preisliste von

August Schwarzkopf, Erfurt, Wilhelm-
platz 4.

Jeder Sendung über 10 Mk. füge hübsches Geschenk bei.

Maßschäfte!

Genau nach Maßangabe gefertigt!
Bestes Material!

Auszug aus meiner Preisliste!

	Vergalt Ia	Gew. Ia
H.-Sohlenkäfte	5,—	6,50
H.-Verbych.	5,50	6,50
D.-Verbych.	5,50	6,50
D.-Schnürstiefelsch.	4,75	6,— usw.

Schäfte für Knäpelfüße mit geringem Aufschlag.

Preisliste gratis! Versand Nachnahme!

S. Gramse, Maßschäftefabrik,
Pofen, Wasserstraße 15.

Schuhmacher

auf erste Herren- und Damenarbeit gesucht. I. Lobntar
S. Reinhardt, Elberfeld.

Schuhmacher- Raseln Große Auswahl
Feilen billige Preise.
Aufbauen von Feilen und Raseln.
Feilenhauerei Bollack, Pantow b. Berlin, Florastraße 8

Nur 25 Pfennige

kostet ein gut reproduziertes

Hans Sachs-Bild.

(Bildgröße: 41x53 cm.)

Jeder Schuhmacher sollte sich ein solches Bild anschaffen
Zu beziehen durch die Expedition d. Bl.

Aus Anlaß seiner 25jährigen Mitgliedschaft
bringt die Zahlstelle Prenzlan ihrem Kollegen

Ernst Schmidt

die herzlichsten Glückwünsche dar.

Möge er den Kollegen noch lange Jahre zum
Vorbild in der Zahlstelle wirken.

Stomies Städtebuch.

Reiseführer d. Deutschl. u. ang. Länder mit Eisenb. u. Wege-
karte, 366 Seit., geb. Mk. 1,20. In allen Buchhdlg. zu haben
oder gegen Einzahlung v. Mk. 1,40 bei G. Stomie, Bielefeld.